

---

# **Teilrevision Strassenverkehrsgesetz und Ordnungsbussengesetz**

Bericht über die Ergebnisse des  
Vernehmlassungsverfahrens  
von August - Dezember 2020

---

Referenz/Aktenzeichen: Q324-0774

**20. Mai 2021**

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	3
1.1	Ausgangslage .....	3
1.2	Vernehmlassungsverfahren .....	4
2	Stellungnahmen .....	4
2.1	Eingegangene Stellungnahmen .....	4
2.2	Auswertung der Stellungnahmen .....	5
3	Allgemeine Einschätzung zu den Gesetzesvorlagen .....	8
4	Stellungnahmen zu den einzelnen Fragen .....	26
4.1	Förderung umweltfreundlicher Technologien.....	26
4.2	Automatisiertes Fahren .....	28
4.3	Umsetzung parlamentarischer Vorstösse .....	39
4.3.1	Annulation des Führerausweises auf Probe (Motion 15.3574) .....	39
4.3.2	Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen (Motion 13.3572).....	40
4.3.3	Anpassung von «Via sicura» (Motion 17.3632).....	41
4.4	Weiterer Revisionsbedarf .....	49
4.4.1	Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot.....	49
4.4.2	Bauliche Ausgestaltung von Fussgängerstreifen .....	51
4.4.3	Ausnahmen vom Verbot für Rundstreckenrennen .....	51
4.4.4	Strafrechtliche Sanktionen bei Widerhandlungen mit Fahrzeugen von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit.....	53
4.4.5	Ermächtigung des Bundesamtes für Strassen ASTRA, im Einzelfall Ausnahmen von einzelnen Verordnungsbestimmungen zu verfügen.....	54
4.4.6	Ermächtigung des Bundesrates zum Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen .....	55
4.4.7	Ausdehnung der Halterhaftung für Ordnungsbussen auf juristische Personen (Änderung des Ordnungsbussengesetzes vom 18. März 2016).....	57
5	Zusätzliche Bemerkungen und Anträge.....	58
Anhang:	Teilnehmende der Vernehmlassung .....	62

# 1 Einleitung

## 1.1 Ausgangslage

Das geltende Strassenverkehrsgesetz (SVG)<sup>1</sup> steht technischen Entwicklungen entgegen (z.B. automatisierte Fahrzeuge, die keine permanente Aufmerksamkeits- und Beherrschungspflicht der Fahrerin oder des Fahrers mehr erfordern) und wird vom Parlament teilweise als zu streng erachtet (z.B. gewisse «Via-sicura»-Massnahmen gegen «Raser»). Der Bundesrat hat entsprechende Anpassungen des SVG in der Beantwortung mehrerer parlamentarischer Vorstösse in Aussicht gestellt und das Parlament hat den Bundesrat entsprechend beauftragt. Zudem werden mit dieser Vorlage andere parlamentarische Revisionsaufträge erfüllt und weitere Revisionspunkte sowie eine Anpassungen des Ordnungsbussengesetzes (OBG)<sup>2</sup> zur Diskussion gestellt.

Die Teilrevision von SVG und OBG beinhaltet insbesondere folgende Elemente:

- **Förderung umweltfreundlicher Technologien:** Der Bundesrat soll die Kompetenz erhalten, für umweltfreundliche Technologien Ausnahmen von den im SVG festgelegten höchstzulässigen Gewichten und der Höchstlänge von Strassenfahrzeugen festzulegen, sofern dadurch die Ladekapazität nicht vergrössert wird.
- **Automatisiertes Fahren:** Die Assistenzsysteme der Fahrzeuge werden laufend weiterentwickelt. Sie werden zukünftig in der Lage sein, ein Fahrzeug im Verkehr zu bewegen, ohne dass die Fahrzeugführerin oder der Fahrzeugführer permanent das Fahrgeschehen überwachen muss. Die Verwendung solcher Fahrzeuge und auch die Anpassung der Pflichten der Fahrzeuglenkenden werden in den nächsten Jahren auf internationaler Ebene definiert. Um zeitnah auf solche Entwicklungen reagieren zu können, soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, die konkreten Regelungen zu erlassen. Insbesondere soll er festlegen, inwieweit Fahrzeuglenkende von ihren Pflichten entlastet werden können und beispielsweise Nebentätigkeiten nachgehen dürfen. Gleichzeitig werden auch die Rahmenbedingungen festgelegt, die der Bundesrat in Ausübung seiner Kompetenz zu beachten hat. Weiter sollen auch Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem, die gar keinen Fahrer mehr an Bord haben, als Versuchsfahrzeuge in einem beschränkten Rahmen auf öffentlichen Strassen verkehren können.
- **Weitere Anpassungen:**
  - Die «Via sicura»-Massnahmen sollen punktuell wie folgt angepasst werden:

Bei Raserdelikten sollen die Vollzugsbehörden und Gerichte mehr Ermessensspielraum erhalten, um die Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen und unnötige Härten zu vermeiden. Dazu soll der Automatismus aufgehoben werden, wonach der Rasertatbestand immer als erfüllt gilt, wenn eine der im Gesetz festgelegten Geschwindigkeitsüberschreitungen vorliegt. Zudem soll auf die Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr verzichtet und die Mindestdauer des Führerausweisentzugs von 24 auf 6 Monate gesenkt werden.

Die Rückgriffspflicht der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherer bei Fahruntfähigkeits- und Raserdelikten soll wieder in ein Rückgriffsrecht umgewandelt werden.

Auf die Umsetzung der Massnahmen «Alkohol-Wegfahrsperren» und «Blackboxen» soll verzichtet werden.

---

<sup>1</sup> Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG).

<sup>2</sup> Ordnungsbussengesetz vom 18. März 2016 (OBG).

- Fahrzeughalterinnen und -halter sollen das Gesamtgewicht ihres Motorfahrzeuges oder Anhängers künftig jederzeit beim Strassenverkehrsamt ändern können. Heute ist dies nur einmal jährlich oder bei einem Halterwechsel möglich.
- Die Probezeit soll künftig nur verlängert werden, wenn der Inhaberin oder dem Inhaber der Führerausweis während der Probezeit wegen einer mittelschweren oder schweren Widerhandlung entzogen wird. Verfallen soll der Führerausweis auf Probe künftig nur dann, wenn dessen Inhaberin oder Inhaber während der Probezeit eine weitere mittelschwere oder schwere Widerhandlung begeht. Damit soll dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit besser Rechnung getragen werden.
- Es soll ausdrücklich erwähnt werden, dass der Bundesrat Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot festlegen kann.
- Die Halterhaftung im Ordnungsbussengesetz soll auf juristische Personen ausgedehnt werden.

## 1.2 Vernehmlassungsverfahren

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 12. August 2020 eröffnet. Eingeladen wurden die Kantone, interkantonale Konferenzen und Organisationen, in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien, gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte, Berggebiete und der Wirtschaft sowie weitere Verbände, Organisationen und interessierte Kreise. Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis zum 12. Dezember 2020. Den Adressaten der Vernehmlassung standen folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Begleitschreiben zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens,
- Zwei Gesetzesentwürfe (SVG, OBG) und acht Verordnungsentwürfe,
- Zwei erläuternde Berichte: SVG/OBG und Verordnungen,
- Zwei Fragebogen: SVG/OBG und Verordnungen,
- Liste mit den Adressaten der Vernehmlassung.

Bestandteil der Vernehmlassung waren auch Revisionsvorschläge zu acht Verordnungen. Nach der Vernehmlassung werden die Gesetzes- und die Verordnungsanpassungen aber in zwei jeweils eigenständigen Verfahren weiterbearbeitet und zwei eigenständige Ergebnisberichte erstellt. Der vorliegende Ergebnisbericht beschränkt sich auf die Eingaben zu den Gesetzesanpassungen.

## 2 Stellungnahmen

### 2.1 Eingegangene Stellungnahmen

In der Vernehmlassung wurden insgesamt 189 Kantone, politische Parteien, Dachverbände und weitere interessierte Kreise für eine Stellungnahme zur Teilrevision von SVG/OBG eingeladen. Davon haben 81 fristgerecht eine Stellungnahme eingereicht, u. a. sämtliche 26 Kantone und 6 Parteien. 108 Eingeladene haben keine Stellungnahme eingereicht. Zu den Adressaten ohne Stellungnahme zählen u. a. die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), der Schweizerische Gemeindeverband (SGV), und 10 interkantonale Organisationen, wobei deren Einschätzungen teilweise in die Stellungnahme der Kantone oder der kantonalen Blaulichtorganisationen eingeflossen sind. Auch 6 der 7 angefragten Institutionen aus Forschung und Lehre haben keine Stellungnahme eingereicht. Zusätzlich zu den 81 Stellungnahmen der angeschriebenen Adressaten sind weitere 126 Stellungnahmen von interessierten Kreisen eingegangen, die nicht ausdrücklich eingeladen wurden. Insgesamt sind in der Vernehmlassung somit 207 Stellungnahmen eingegangen.

Von diesen 207 Teilnehmenden haben sich 175 zu den Gesetzesvorlagen geäussert. 32 Teilnehmende haben ausschliesslich zu den Verordnungsanpassungen Stellung genommen und werden im vorliegenden Bericht nicht weiter erwähnt. Eine detaillierte Auflistung aller 175 Teilnehmenden befindet sich im Anhang.

Die Stellungnahmen wurden mit Hilfe der zwei vorgegebenen Fragekataloge «Gesetze» und «Verordnungen» und/oder in Form von Begleitschreiben eingereicht. Die Fragekataloge bestehen jeweils aus einem quantitativen Teil (mit Anpassung einverstanden oder nicht einverstanden) und einem qualitativen Teil (Bemerkungen, Änderungsanträge). Teilweise haben die Teilnehmenden ihre Anliegen nur im Begleitschreiben (ohne Fragebogen) und teilweise mehrfach eingebracht (z. B. als Bemerkung im Fragenkatalog und im Begleitschreiben). Bei bestimmten Themengruppen (z. B. Auto, Velo, Detailhandel, Umwelt) sind die Stellungnahmen einiger Teilnehmenden inhaltlich sehr ähnlich bis nahezu identisch.

## **2.2 Auswertung der Stellungnahmen**

Von den insgesamt 207 eingegangenen Stellungnahmen haben 145 Teilnehmende den quantitativen Teil des Fragekatalogs «Teilrevision Gesetze» (teilweise) ausgefüllt, in dem sie beurteilen konnten, ob sie mit den vorgesehenen Änderungen einverstanden oder nicht einverstanden sind bzw. ob sie dazu keine Stellung nehmen wollen oder nicht betroffen sind. Für weitere 17 Teilnehmende (u. a. 4 von 6 Parteien), die den Fragebogen nicht eingereicht haben, wurde anhand ihrer Anmerkungen in den Begleitschreiben der quantitative Teil im Fragebogen sinngemäss ergänzt. Somit liegen für 162 Teilnehmende quantitative Angaben für jeweils mindestens eine Frage des Fragebogens vor (vgl. Kapitel 3).

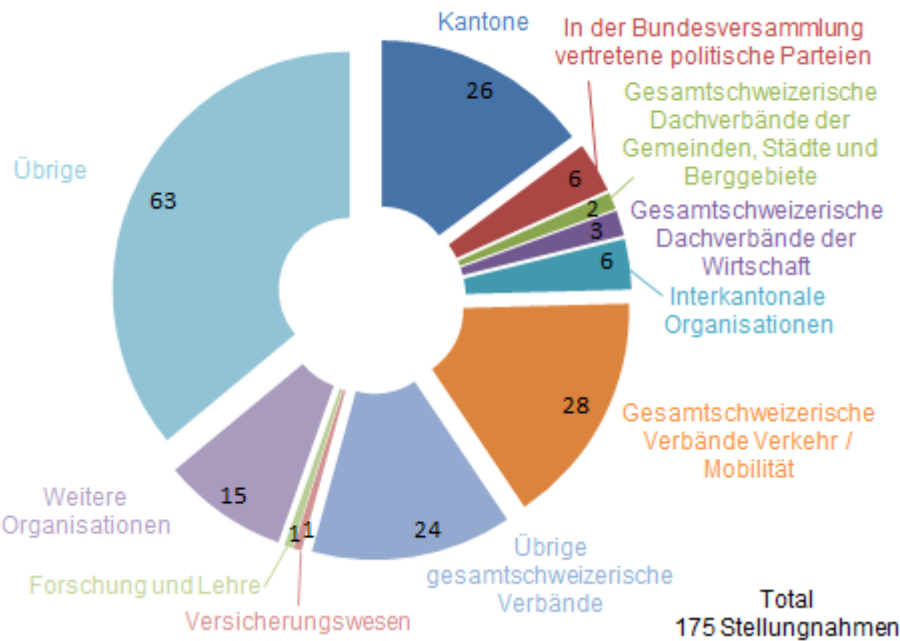
Nebst den quantitativen Angaben im Fragebogen konnten zu den einzelnen Fragen Bemerkungen und Änderungsanträge formuliert werden und allgemeine Anliegen zur Thematik der Gesetzesvernehmlassung angemerkt werden. 13 Teilnehmende haben ausschliesslich zusätzliche Anmerkungen eingebracht, ohne sich zu den Fragen des Fragebogens «Teilrevision Gesetze» zu äussern. Insgesamt haben sich somit 175 Teilnehmende zur Gesetzesrevision geäussert (vgl. Kapitel 2).

Die Auswertung der insgesamt 1'268 eingegangenen Bemerkungen und Änderungsanträge zu den 25 Fragen im Fragebogen «Teilrevision Gesetze» erfolgte in einem mehrstufigen Prozess, wobei sämtliche Inputs zu insgesamt 267 «zentralen Aussagen» kondensiert wurden (vgl. Kapitel 4). Zusätzlich wurden 124 Anmerkungen und Anregungen eingebracht, die zwar eine thematische Ähnlichkeit zur vorliegenden Vernehmlassung aufweisen, im Vernehmlassungs-Fragebogen jedoch nicht explizit thematisiert werden. Diese zusätzlichen Anmerkungen wurden zu 28 «zentralen Aussagen» zusammengefasst (vgl. Kapitel 5).

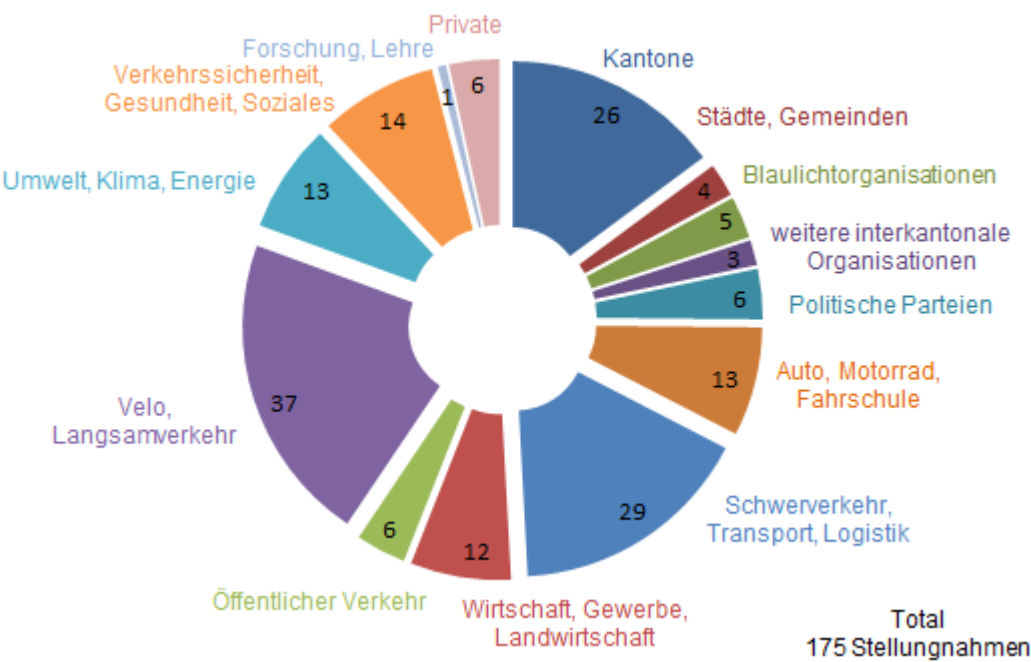
In den «zentralen Aussagen» werden inhaltlich gleichartige Stellungnahmen von verschiedenen Teilnehmenden sinngemäss wiedergegeben. Von Teilnehmenden mehrfach genannte und gleichbedeutende Anträge und Bemerkungen sind pro «zentrale Aussagen» nur einmal berücksichtigt. So entsteht eine verhältnismässige und transparente Übersicht der heterogenen Stellungnahmen. Eine gewisse Unschärfe bei der Zusammenfassung der Stellungnahmen zu den «zentralen Aussagen» sowie der Zuordnung der jeweiligen Teilnehmenden zu den «zentralen Aussagen» lässt sich dabei nicht vermeiden. Der genaue Wortlaut der einzelnen Stellungnahmen kann den vollständigen Vernehmlassungsunterlagen entnommen werden. Diese sind auf der Webseite der Bundeskanzlei verfügbar ([www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2020.html#UVEK](http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2020.html#UVEK)).

Für eine leichtere Interpretation der Ergebnisse werden die 175 Teilnehmenden einerseits nach Gruppierung der Adressatenliste und andererseits nach thematischen Gruppen gegliedert (vgl. Abb. 2.1 und Abb. 2.2).

**Abb. 2.1    Eingegangene Stellungnahmen: Teilnehmende nach Adressatenliste**



**Abb. 2.2    Eingegangene Stellungnahmen: Teilnehmende nach thematischen Gruppen**





### 3 Allgemeine Einschätzung zu den Gesetzesvorlagen

Im quantitativen Teil des Fragebogens «Teilrevision Gesetze» konnten die Teilnehmenden ankreuzen, ob sie mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden sind oder nicht bzw. ob sie nicht Stellung nehmen wollen oder nicht betroffen sind. Je nach Frage haben 74 bis 132 der insgesamt 175 Teilnehmenden (bzw. 162 mit quantitativen Angaben) angekreuzt bzw. sich entsprechend geäußert, ob sie mit der jeweiligen Anpassung einverstanden sind oder nicht. Diese quantitativen Rückmeldungen erlauben einen ersten Überblick über die allgemeine Einschätzung der Gesetzesvorlage. Am umstrittensten dürften die Fragen zu «Via sicura» und den Rundstreckenrennen sein. Bei der Förderung umweltfreundlicher Technologien, dem automatisierten Fahren sowie den diversen weiteren Änderungsvorschlägen (Sonntags- und Nachtfahrverbot, Fussgängerstreifen, Kompetenz ASTRA für Ausnahmeregelungen, internationale Verträge, Ordnungsbussen) dürfte die allgemeine Zustimmung relativ gross sein, wobei jeweils zahlreiche Bemerkungen, Anregungen und Änderungsanträge eingereicht wurden.

**Tab. 3.1 Quantitative Beurteilung: Teilnehmende nach Adressatenliste**

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste			Stellungnahmen		
			Anzahl	Anteil (%)	
	Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen	Nicht einver- standen
<b>1 Bundesrat kann aus Gründen des Umweltschutzes die Überschreitung der festgelegten höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte zulassen, sofern damit keine Erhöhung der Transportkapazität verbunden ist</b>					
1 Kantone	24	2	26	92.3	7.7
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	6	0	6	100.0	0.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	0	1	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	5	0	5	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	14	5	19	73.7	26.3
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	10	5	15	66.7	33.3
8 Versicherungswesen	0	0	0	.	.
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	5	2	7	71.4	28.6
11 Übrige	23	5	28	82.1	17.9
Total	91	19	110	82.7	17.3
<b>2 Definition von Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem</b>					
1 Kantone	25	1	26	96.2	3.8
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	5	0	5	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	19	1	20	95.0	5.0
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	12	0	12	100.0	0.0
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	7	0	7	100.0	0.0
11 Übrige	10	3	13	76.9	23.1
Total	89	5	94	94.7	5.3



Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste			Stellungnahmen			
			Anzahl		Anteil (%)	
			Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen	Nicht einver- standen
<b>3</b>	<b>Bundesrat kann Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer von Fahrzeugen mit einem Automatisierungs- system von ihren Beherrschungspflichten befreien</b>					
1	Kantone	23	3	26	88.5	11.5
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5	Interkantonale Organisationen	4	0	4	100.0	0.0
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	15	9	24	62.5	37.5
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	9	4	13	69.2	30.8
8	Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9	Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10	Weitere Organisationen	5	2	7	71.4	28.6
11	Übrige	9	4	13	69.2	30.8
	Total	76	22	98	77.6	22.4
<b>4</b>	<b>Bundesrat legt die Voraussetzungen fest, damit Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem, die keine Fahrzeugführerin oder keinen Fahrzeugführer benötigen, auf bestimmten Strecken zugelassen werden</b>					
1	Kantone	25	1	26	96.2	3.8
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5	Interkantonale Organisationen	4	1	5	80.0	20.0
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	14	7	21	66.7	33.3
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	10	3	13	76.9	23.1
8	Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9	Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10	Weitere Organisationen	5	2	7	71.4	28.6
11	Übrige	8	4	12	66.7	33.3
	Total	77	18	95	81.1	18.9
<b>5</b>	<b>Rahmenbedingungen (Verkehrssicherheit, Bearbeitung extern erhobener Daten durch Automatisierungs- systeme) für bundesrätliche Kompetenzen</b>					
1	Kantone	25	1	26	96.2	3.8
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	4	1	5	80.0	20.0
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5	Interkantonale Organisationen	5	0	5	100.0	0.0
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	17	6	23	73.9	26.1
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	11	3	14	78.6	21.4
8	Versicherungswesen	0	1	1	0.0	100.0
9	Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10	Weitere Organisationen	5	2	7	71.4	28.6
11	Übrige	18	3	21	85.7	14.3
	Total	90	17	107	84.1	15.9

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste			Stellungnahmen		
			Anzahl	Anteil (%)	
	Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen	Nicht einver- standen
<b>6 Rahmenbedingungen (Fahrmodusspeicher) für bundesrätliche Kompetenzen</b>					
1 Kantone	17	9	26	65.4	34.6
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	4	1	5	80.0	20.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	1	3	4	25.0	75.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	17	5	22	77.3	22.7
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	11	2	13	84.6	15.4
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	4	3	7	57.1	42.9
11 Übrige	15	2	17	88.2	11.8
Total	75	25	100	75.0	25.0
<b>7 Rahmenbedingungen (Datenschutz) für bundesrätliche Kompetenzen</b>					
1 Kantone	17	9	26	65.4	34.6
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	0	1	1	0.0	100.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	1	3	4	25.0	75.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	20	1	21	95.2	4.8
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	10	1	11	90.9	9.1
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	6	1	7	85.7	14.3
11 Übrige	9	2	11	81.8	18.2
Total	72	18	90	80.0	20.0
<b>8 ASTRA kann zur Durchführung von befristeten Versuchen mit Fahrzeugen mit einem Automatisierungssys- tem Abweichungen von den geltenden Bestimmungen bewilligen</b>					
1 Kantone	23	3	26	88.5	11.5
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	4	1	5	80.0	20.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	15	6	21	71.4	28.6
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	10	2	12	83.3	16.7
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	4	3	7	57.1	42.9
11 Übrige	17	3	20	85.0	15.0
Total	84	18	102	82.4	17.6

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste			Stellungnahmen		
			Anzahl		Anteil (%)
			Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen Nicht einver- standen
<b>9 ASTRA darf zur Förderung neuartiger Lösungen Beiträge gewähren</b>					
1 Kantone	21	0	21	100.0	0.0
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	1	2	50.0	50.0
5 Interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	19	3	22	86.4	13.6
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	13	1	14	92.9	7.1
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	6	0	6	100.0	0.0
11 Übrige	25	2	27	92.6	7.4
Total	94	7	101	93.1	6.9
<b>10 Bei Führerausweises auf Probe führen nur noch mittelschwere und schwere Widerhandlungen dazu, dass bei der ersten Widerhandlung die Probezeit verlängert und bei der zweiten der Führerausweis auf Probe annulliert wird</b>					
1 Kantone	25	1	26	96.2	3.8
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	1	2	50.0	50.0
5 Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	14	5	19	73.7	26.3
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	2	7	9	22.2	77.8
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	6	0	6	100.0	0.0
11 Übrige	5	5	10	50.0	50.0
Total	62	20	82	75.6	24.4
<b>11 Halterin oder Halter können das Gesamtgewicht ihres oder seines Motorfahrzeuges oder Anhängers (im Rahmen des Garantiegewichts) jederzeit bei der kantonalen Vollzugsbehörde ändern</b>					
1 Kantone	21	5	26	80.8	19.2
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	0	1	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	2	1	3	66.7	33.3
5 Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	11	2	13	84.6	15.4
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	4	7	11	36.4	63.6
8 Versicherungswesen	0	0	0	.	.
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	7	0	7	100.0	0.0
11 Übrige	21	2	23	91.3	8.7
Total	73	18	91	80.2	19.8

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste				Stellungnahmen	
				Anzahl	Anteil (%)
	Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen	Nicht einver- standen
<b>12 Strafgerichten wird bei der Beurteilung von «Raserdelikten» ein grösserer Ermessensspielraum gewährt</b>					
1 Kantone	19	7	26	73.1	26.9
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	1	2	50.0	50.0
5 Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	16	5	21	76.2	23.8
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	2	8	10	20.0	80.0
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	1	0	1	100.0	0.0
10 Weitere Organisationen	7	2	9	77.8	22.2
11 Übrige	5	4	9	55.6	44.4
Total	59	30	89	66.3	33.7
<b>13 Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe für die Begehung eines «Raserdelikts» werden aufgehoben</b>					
1 Kantone	20	6	26	76.9	23.1
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	1	2	50.0	50.0
5 Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	15	6	21	71.4	28.6
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	2	8	10	20.0	80.0
8 Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0
9 Forschung und Lehre	1	0	1	100.0	0.0
10 Weitere Organisationen	8	0	8	100.0	0.0
11 Übrige	5	4	9	55.6	44.4
Total	60	28	88	68.2	31.8
<b>14 Nach einem «Raserdelikt» wird Ersttäterinnen oder Ersttäter der Führerausweis für mindestens 6 Monate entzogen (statt bisher 24 Monate)</b>					
1 Kantone	8	18	26	30.8	69.2
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	1	2	50.0	50.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	1	2	50.0	50.0
5 Interkantonale Organisationen	2	2	4	50.0	50.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	10	11	21	47.6	52.4
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	2	8	10	20.0	80.0
8 Versicherungswesen	0	1	1	0.0	100.0
9 Forschung und Lehre	1	0	1	100.0	0.0
10 Weitere Organisationen	4	3	7	57.1	42.9
11 Übrige	3	6	9	33.3	66.7
Total	34	54	88	38.6	61.4

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste			Stellungnahmen		
			Anzahl		Anteil (%)
			Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen Nicht einver- standen
<b>15 Nach Verursachen eines Schadens durch Fahren in angetrunkenem oder fahruntfähigem Zustand oder durch ein «Raserdelikt» muss der Versicherer nicht mehr zwingend auf die Fehlbare oder den Fehlbaren Rückgriff nehmen</b>					
1 Kantone	19	3	22	86.4	13.6
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	2	2	4	50.0	50.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	1	2	50.0	50.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	1	2	50.0	50.0
5 Interkantonale Organisationen	1	1	2	50.0	50.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	9	10	19	47.4	52.6
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	1	7	8	12.5	87.5
8 Versicherungswesen	0	1	1	0.0	100.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0	.	.
10 Weitere Organisationen	4	3	7	57.1	42.9
11 Übrige	3	7	10	30.0	70.0
Total	41	36	77	53.2	46.8
<b>16 Gesetzliche Grundlage für die obligatorische Verwendung von anerkannten Datenaufzeichnungsgeräten («Blackboxen») nach bestimmten Geschwindigkeitsdelikten wird aufgehoben</b>					
1 Kantone	21	5	26	80.8	19.2
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	1	2	50.0	50.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	0	1	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	5	0	5	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	13	5	18	72.2	27.8
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	1	7	8	12.5	87.5
8 Versicherungswesen	0	0	0	.	.
9 Forschung und Lehre	0	1	1	0.0	100.0
10 Weitere Organisationen	6	1	7	85.7	14.3
11 Übrige	4	3	7	57.1	42.9
Total	54	26	80	67.5	32.5
<b>17 Gesetzliche Grundlage für die obligatorische Verwendung von Alkohol-Wegfahrsperren nach bestimmten Alkoholdelikten wird aufgehoben</b>					
1 Kantone	22	4	26	84.6	15.4
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	1	2	50.0	50.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	0	1	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	4	0	4	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	9	9	18	50.0	50.0
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	1	8	9	11.1	88.9
8 Versicherungswesen	0	1	1	0.0	100.0
9 Forschung und Lehre	0	1	1	0.0	100.0
10 Weitere Organisationen	5	3	8	62.5	37.5
11 Übrige	3	4	7	42.9	57.1
Total	48	34	82	58.5	41.5

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste				Stellungnahmen	
				Anzahl	
	Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen	Nicht einver- standen
18 Es wird ausdrücklich festgehalten, dass der Bundesrat die Ausnahmen zum Sonntags- und Nachtfahrverbot festlegen kann					
1 Kantone	26	0	26	100.0	0.0
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	4	1	5	80.0	20.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	4	0	4	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	15	3	18	83.3	16.7
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	10	2	12	83.3	16.7
8 Versicherungswesen	0	0	0		
9 Forschung und Lehre	0	0	0		
10 Weitere Organisationen	7	0	7	100.0	0.0
11 Übrige	20	5	25	80.0	20.0
Total	91	11	102	89.2	10.8
19 Verpflichtung des Bundesrates, Vorschriften über die bauliche Ausgestaltung von Fussgängerstreifen zu erlassen, wird aufgehoben					
1 Kantone	24	0	24	100.0	0.0
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	4	0	4	100.0	0.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	2	0	2	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	17	4	21	81.0	19.0
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	9	1	10	90.0	10.0
8 Versicherungswesen	0	1	1	0.0	100.0
9 Forschung und Lehre	0	0	0		
10 Weitere Organisationen	5	2	7	71.4	28.6
11 Übrige	2	7	9	22.2	77.8
Total	68	15	83	81.9	18.1
20 Kompetenz des Bundesrates, Ausnahmen vom Verbot der Rundstreckenrennen vorzusehen und diese zu bewilligungsfähigen Veranstaltungen zu machen, wird erweitert					
1 Kantone	22	2	24	91.7	8.3
2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	1	3	4	25.0	75.0
3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	1	2	50.0	50.0
4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	0	1	100.0	0.0
5 Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0
6 Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	12	8	20	60.0	40.0
7 Übrige gesamtschweizerische Verbände	2	11	13	15.4	84.6
8 Versicherungswesen	0	0	0		
9 Forschung und Lehre	0	0	0		
10 Weitere Organisationen	4	1	5	80.0	20.0
11 Übrige	2	7	9	22.2	77.8
Total	48	33	81	59.3	40.7

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste			Stellungnahmen		
			Anzahl		Anteil (%)
			Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen Nicht einver- standen
<b>21</b>	<b>Für Widerhandlungen mit Motorfahrzeugen von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit darf grundsätzlich nur noch eine «Busse» (bis 10 000 CHF) und nicht mehr eine «Geldstrafe oder Freiheitsstrafe» ausgesprochen werden</b>				
1	Kantone	22	1	23	95.7 4.3
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	3	1	4	75.0 25.0
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0 0.0
4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	0	1	100.0 0.0
5	Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0 0.0
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	14	3	17	82.4 17.6
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	3	2	5	60.0 40.0
8	Versicherungswesen	0	1	1	0.0 100.0
9	Forschung und Lehre	0	0	0	. .
10	Weitere Organisationen	5	2	7	71.4 28.6
11	Übrige	34	5	39	87.2 12.8
	Total	87	15	102	85.3 14.7
<b>22</b>	<b>Bundesrat kann das ASTRA auf dem Verordnungsweg ermächtigen, in besonderen Fällen Ausnahmen von einzelnen Verordnungsbestimmungen zu bewilligen</b>				
1	Kantone	19	7	26	73.1 26.9
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	4	0	4	100.0 0.0
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	1	1	2	50.0 50.0
4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	1	0	1	100.0 0.0
5	Interkantonale Organisationen	5	0	5	100.0 0.0
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	13	6	19	68.4 31.6
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	11	1	12	91.7 8.3
8	Versicherungswesen	1	0	1	100.0 0.0
9	Forschung und Lehre	0	0	0	. .
10	Weitere Organisationen	3	4	7	42.9 57.1
11	Übrige	50	5	55	90.9 9.1
	Total	108	24	132	81.8 18.2
<b>23</b>	<b>Bundesrat kann mit anderen Staaten (z.B. UK) ähnliche Verträge wie mit dem Fürstentum Liechtenstein abschliessen</b>				
1	Kantone	26	0	26	100.0 0.0
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	3	1	4	75.0 25.0
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0 0.0
4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3	0	3	100.0 0.0
5	Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0 0.0
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	15	1	16	93.8 6.3
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	10	0	10	100.0 0.0
8	Versicherungswesen	0	0	0	. .
9	Forschung und Lehre	0	0	0	. .
10	Weitere Organisationen	5	0	5	100.0 0.0
11	Übrige	22	2	24	91.7 8.3
	Total	89	4	93	95.7 4.3

Vernehmlassungsteilnehmende nach Adressatenliste				Stellungnahmen			
				Anzahl		Anteil (%)	
				Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen	Nicht einver- standen
24 Bundesrat kann Änderungen an bestimmten internationalen Abkommen genehmigen oder vorschlagen so- wie völkerrechtliche Verträge über den grenzüberschreitenden Motorfahrzeugverkehr abschliessen							
1	Kantone	26	0	26	100.0	0.0	
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0	
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiet	2	0	2	100.0	0.0	
4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	2	0	2	100.0	0.0	
5	Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0	
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	14	1	15	93.3	6.7	
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	2	0	2	100.0	0.0	
8	Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0	
9	Forschung und Lehre	0	0	0	.	.	
10	Weitere Organisationen	7	0	7	100.0	0.0	
11	Übrige	10	2	12	83.3	16.7	
	Total	70	4	74	94.6	5.4	
25 Halterhaftung für Ordnungsbussen wird auf juristische Personen ausgedehnt							
1	Kantone	24	1	25	96.0	4.0	
2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	4	1	5	80.0	20.0	
3	Gesamtschweizerische Dachverbände Gde., Städte, Berge- biet	2	0	2	100.0	0.0	
4	Gesamtschweizerische Dachverbände Wirtschaft	1	1	2	50.0	50.0	
5	Interkantonale Organisationen	3	0	3	100.0	0.0	
6	Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität	18	2	20	90.0	10.0	
7	Übrige gesamtschweizerische Verbände	9	1	10	90.0	10.0	
8	Versicherungswesen	1	0	1	100.0	0.0	
9	Forschung und Lehre	0	0	0	.	.	
10	Weitere Organisationen	7	0	7	100.0	0.0	
11	Übrige	37	2	39	94.9	5.1	
	Total	106	8	114	93.0	7.0	



**Tab. 3.2 Quantitative Beurteilung: Teilnehmende nach thematischen Gruppierungen**

Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen			Stellungnahmen		
			Anzahl		Anteil (%)
			Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen Nicht einver- standen
<b>1</b>	<b>Bundesrat kann aus Gründen des Umweltschutzes die Überschreitung der festgelegten höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte zulassen, sofern damit keine Erhöhung der Transportkapazität verbunden ist</b>				
1.1	Kantone	24	2	26	92.3 7.7
1.2	Städte, Gemeinden	2	0	2	100.0 0.0
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0 0.0
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	2	0	2	100.0 0.0
2.1	Politische Parteien	6	0	6	100.0 0.0
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	6	4	10	60.0 40.0
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	25	1	26	96.2 3.8
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	7	1	8	87.5 12.5
5.1	Öffentlicher Verkehr	3	0	3	100.0 0.0
5.2	Velo, Langsamverkehr	2	2	4	50.0 50.0
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	2	10	80.0 20.0
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	3	4	25.0 75.0
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	. .
9.1	Private	0	4	4	0.0 100.0
	Total	91	19	110	82.7 17.3
<b>2</b>	<b>Definition von Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem</b>				
1.1	Kantone	25	1	26	96.2 3.8
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0 0.0
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0 0.0
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	2	0	2	100.0 0.0
2.1	Politische Parteien	5	0	5	100.0 0.0
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	10	0	10	100.0 0.0
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	8	1	9	88.9 11.1
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	9	0	9	100.0 0.0
5.1	Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0 0.0
5.2	Velo, Langsamverkehr	3	1	4	75.0 25.0
6.1	Umwelt, Klima, Energie	9	0	9	100.0 0.0
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	3	0	3	100.0 0.0
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	. .
9.1	Private	1	2	3	33.3 66.7
	Total	89	5	94	94.7 5.3

Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen				Stellungnahmen			
				Anzahl		Anteil (%)	
				Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen
3	Bundesrat kann Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer von Fahrzeugen mit einem Automatisierungs- system von ihren Beherrschungspflichten befreien						
1.1	Kantone	23	3	26	88.5	11.5	
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0	
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0	
2.1	Politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	5	5	10	50.0	50.0	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	2	9	77.8	22.2	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	9	0	9	100.0	0.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	1	4	5	20.0	80.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	2	10	80.0	20.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	2	3	5	40.0	60.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	1	3	4	25.0	75.0	
	Total	76	22	98	77.6	22.4	
4	Bundesrat legt die Voraussetzungen fest, damit Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem, die keine Fahrzeugführerin oder keinen Fahrzeugführer benötigen, auf bestimmten Strecken zugelassen werden						
1.1	Kantone	25	1	26	96.2	3.8	
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0	
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	1	1	2	50.0	50.0	
2.1	Politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	5	5	10	50.0	50.0	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	1	8	87.5	12.5	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	9	0	9	100.0	0.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	1	3	4	25.0	75.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	2	10	80.0	20.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	2	2	4	50.0	50.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	0	3	3	0.0	100.0	
	Total	77	18	95	81.1	18.9	
5	Rahmenbedingungen (Verkehrssicherheit, Bearbeitung extern erhobener Daten durch Automatisierungs- systeme) für bundesrätliche Kompetenzen						
1.1	Kantone	25	1	26	96.2	3.8	
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0	
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	2	0	2	100.0	0.0	
2.1	Politische Parteien	4	1	5	80.0	20.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	7	3	10	70.0	30.0	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	18	1	19	94.7	5.3	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	8	1	9	88.9	11.1	
5.1	Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	1	3	4	25.0	75.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	2	10	80.0	20.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	3	2	5	60.0	40.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	0	3	3	0.0	100.0	
	Total	90	17	107	84.1	15.9	

Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen	Stellungnahmen				
			Anzahl	Anteil (%)	
	Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen	Nicht einver- standen
<b>6 Rahmenbedingungen (Fahrmodusspeicher) für bundesrätliche Kompetenzen</b>					
1.1 Kantone	17	9	26	65.4	34.6
1.2 Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0
1.3 Blaulichtorganisationen	0	5	5	0.0	100.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0
2.1 Politische Parteien	4	1	5	80.0	20.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	8	2	10	80.0	20.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	14	1	15	93.3	6.7
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	8	1	9	88.9	11.1
5.1 Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0	0.0
5.2 Velo, Langsamverkehr	2	2	4	50.0	50.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	9	0	9	100.0	0.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	3	2	5	60.0	40.0
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.
9.1 Private	0	2	2	0.0	100.0
Total	75	25	100	75.0	25.0
<b>7 Rahmenbedingungen (Datenschutz) für bundesrätliche Kompetenzen</b>					
1.1 Kantone	17	9	26	65.4	34.6
1.2 Städte, Gemeinden	1	1	2	50.0	50.0
1.3 Blaulichtorganisationen	1	4	5	20.0	80.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0
2.1 Politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	10	0	10	100.0	0.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	8	0	8	100.0	0.0
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	9	0	9	100.0	0.0
5.1 Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0	0.0
5.2 Velo, Langsamverkehr	3	1	4	75.0	25.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	8	0	8	100.0	0.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	3	1	4	75.0	25.0
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.
9.1 Private	0	2	2	0.0	100.0
Total	72	18	90	80.0	20.0
<b>8 ASTRA kann zur Durchführung von befristeten Versuchen mit Fahrzeugen mit einem Automatisierungs- system Abweichungen von den geltenden Bestimmungen bewilligen</b>					
1.1 Kantone	23	3	26	88.5	11.5
1.2 Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0
1.3 Blaulichtorganisationen	4	1	5	80.0	20.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	1	1	2	50.0	50.0
2.1 Politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	5	5	10	50.0	50.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	17	1	18	94.4	5.6
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	9	0	9	100.0	0.0
5.1 Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0	0.0
5.2 Velo, Langsamverkehr	2	2	4	50.0	50.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	8	1	9	88.9	11.1
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	2	3	33.3	66.7
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.
9.1 Private	0	2	2	0.0	100.0
Total	84	18	102	82.4	17.6

Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen	Stellungnahmen				
	Einver- standen	Nicht einver- standen	Anzahl Total	Einver- standen	Nicht einver- standen
<b>9 ASTRA darf zur Förderung neuartiger Lösungen Beiträge gewähren</b>					
1.1 Kantone	21	0	21	100.0	0.0
1.2 Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0
1.3 Blaulichtorganisationen	2	0	2	100.0	0.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.	.
2.1 Politische Parteien	5	0	5	100.0	0.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	9	1	10	90.0	10.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	25	1	26	96.2	3.8
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	8	1	9	88.9	11.1
5.1 Öffentlicher Verkehr	6	0	6	100.0	0.0
5.2 Velo, Langsamverkehr	4	1	5	80.0	20.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	9	0	9	100.0	0.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	1	2	50.0	50.0
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.
9.1 Private	1	2	3	33.3	66.7
Total	94	7	101	93.1	6.9
<b>10 Bei Führerausweises auf Probe führen nur noch mittelschwere und schwere Widerhandlungen dazu, dass bei der ersten Widerhandlung die Probezeit verlängert und bei der zweiten der Führerausweis auf Probe annulliert wird</b>					
1.1 Kantone	25	1	26	96.2	3.8
1.2 Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0
1.3 Blaulichtorganisationen	3	0	3	100.0	0.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0
2.1 Politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	11	0	11	100.0	0.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	0	7	100.0	0.0
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	4	1	5	80.0	20.0
5.1 Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.	.
5.2 Velo, Langsamverkehr	2	2	4	50.0	50.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	0	9	9	0.0	100.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	2	3	33.3	66.7
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.
9.1 Private	2	4	6	33.3	66.7
Total	62	20	82	75.6	24.4
<b>11 Halterin oder Halter können das Gesamtgewicht ihres oder seines Motorfahrzeuges oder Anhängers (im Rahmen des Garantiegewichts) jederzeit bei der kantonalen Vollzugsbehörde ändern</b>					
1.1 Kantone	21	5	26	80.8	19.2
1.2 Städte, Gemeinden	2	0	2	100.0	0.0
1.3 Blaulichtorganisationen	4	0	4	100.0	0.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0
2.1 Politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	9	0	9	100.0	0.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	26	0	26	100.0	0.0
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	4	1	5	80.0	20.0
5.1 Öffentlicher Verkehr	1	0	1	100.0	0.0
5.2 Velo, Langsamverkehr	2	0	2	100.0	0.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	0	9	9	0.0	100.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	0	0	0	.	.
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.
9.1 Private	0	2	2	0.0	100.0
Total	73	18	91	80.2	19.8

Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen	Stellungnahmen				
	Anzahl			Anteil (%)	
	Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen	Nicht einver- standen
<b>12 Straferichten wird bei der Beurteilung von «Raserdelikten» ein grösserer Ermessensspielraum gewährt</b>					
1.1 Kantone	19	7	26	73.1	26.9
1.2 Städte, Gemeinden	3	1	4	75.0	25.0
1.3 Blaulichtorganisationen	4	1	5	80.0	20.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.	.
2.1 Politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	12	0	12	100.0	0.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	0	7	100.0	0.0
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	4	2	6	66.7	33.3
5.1 Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.	.
5.2 Velo, Langsamverkehr	2	3	5	40.0	60.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	0	9	9	0.0	100.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	3	1	4	75.0	25.0
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	1	0	1	100.0	0.0
9.1 Private	2	3	5	40.0	60.0
Total	59	30	89	66.3	33.7
<b>13 Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe für die Begehung eines «Raserdelikts» werden aufgehoben</b>					
1.1 Kantone	20	6	26	76.9	23.1
1.2 Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0
1.3 Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.	.
2.1 Politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	12	0	12	100.0	0.0
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	0	7	100.0	0.0
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	4	2	6	66.7	33.3
5.1 Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.	.
5.2 Velo, Langsamverkehr	2	3	5	40.0	60.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	0	9	9	0.0	100.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	2	2	4	50.0	50.0
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	1	0	1	100.0	0.0
9.1 Private	2	3	5	40.0	60.0
Total	60	28	88	68.2	31.8
<b>14 Nach einem «Raserdelikt» wird Ersttäterinnen oder Ersttättern der Führerausweis für mindestens 6 Mo- nate entzogen (statt bisher 24 Monate)</b>					
1.1 Kantone	8	18	26	30.8	69.2
1.2 Städte, Gemeinden	1	2	3	33.3	66.7
1.3 Blaulichtorganisationen	3	1	4	75.0	25.0
1.4 Weitere interkantonale Organisationen	0	1	1	0.0	100.0
2.1 Politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0
3.1 Auto, Motorrad, Fahrschule	7	5	12	58.3	41.7
3.2 Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	0	7	100.0	0.0
4.1 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	3	3	6	50.0	50.0
5.1 Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.	.
5.2 Velo, Langsamverkehr	0	5	5	0.0	100.0
6.1 Umwelt, Klima, Energie	0	9	9	0.0	100.0
7.1 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	3	4	25.0	75.0
8.1 Forschung, Lehre, Testzentren	1	0	1	100.0	0.0
9.1 Private	1	4	5	20.0	80.0
Total	34	54	88	38.6	61.4

Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen				Stellungnahmen			
				Anzahl		Anteil (%)	
				Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen	Nicht einver- standen
15	Nach Verursachen eines Schadens durch Fahren in angetrunkenem oder fahrunfähigem Zustand oder durch ein «Raserdelikt» muss der Versicherer nicht mehr zwingend auf die Fehlbare oder den Fehlbaren Rückgriff nehmen						
1.1	Kantone	19	3	22	86.4	13.6	
1.2	Städte, Gemeinden	1	2	3	33.3	66.7	
1.3	Blaulichtorganisationen	2	1	3	66.7	33.3	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.	.	
2.1	Politische Parteien	2	2	4	50.0	50.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	7	4	11	63.6	36.4	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	6	1	7	85.7	14.3	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	3	3	6	50.0	50.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	1	0	1	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	0	4	4	0.0	100.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	0	8	8	0.0	100.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	0	3	3	0.0	100.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	0	5	5	0.0	100.0	
	Total	41	36	77	53.2	46.8	
16	Gesetzliche Grundlage für die obligatorische Verwendung von anerkannten Datenaufzeichnungsgeräten («Blackboxen») nach bestimmten Geschwindigkeitsdelikten wird aufgehoben						
1.1	Kantone	21	5	26	80.8	19.2	
1.2	Städte, Gemeinden	1	2	3	33.3	66.7	
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	2	0	2	100.0	0.0	
2.1	Politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	10	0	10	100.0	0.0	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	6	0	6	100.0	0.0	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	3	0	3	100.0	0.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.	.	
5.2	Velo, Langsamverkehr	2	2	4	50.0	50.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	0	8	8	0.0	100.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	2	2	4	50.0	50.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	1	1	0.0	100.0	
9.1	Private	0	3	3	0.0	100.0	
	Total	54	26	80	67.5	32.5	
17	Gesetzliche Grundlage für die obligatorische Verwendung von Alkohol-Wegfahrsperren nach bestimmten Alkoholdelikten wird aufgehoben						
1.1	Kantone	22	4	26	84.6	15.4	
1.2	Städte, Gemeinden	1	2	3	33.3	66.7	
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0	
2.1	Politische Parteien	2	3	5	40.0	60.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	8	2	10	80.0	20.0	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	6	0	6	100.0	0.0	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	3	1	4	75.0	25.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.	.	
5.2	Velo, Langsamverkehr	0	4	4	0.0	100.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	0	8	8	0.0	100.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	0	6	6	0.0	100.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	1	1	0.0	100.0	
9.1	Private	0	3	3	0.0	100.0	
	Total	48	34	82	58.5	41.5	

Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen				Stellungnahmen	
				Anzahl	Anteil (%)
		Einver- standen	Nicht einver- standen	Total	Einver- standen
18	Es wird ausdrücklich festgehalten, dass der Bundesrat die Ausnahmen zum Sonntags- und Nachtfahrverbot festlegen kann				
1.1	Kantone	26	0	26	100.0
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0
2.1	Politische Parteien	4	1	5	80.0
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	10	1	11	90.9
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	24	0	24	100.0
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	7	0	7	100.0
5.1	Öffentlicher Verkehr	1	1	2	50.0
5.2	Velo, Langsamverkehr	1	2	3	33.3
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	1	9	88.9
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	1	2	50.0
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.
9.1	Private	0	4	4	0.0
	Total	91	11	102	89.2
19	Verpflichtung des Bundesrates, Vorschriften über die bauliche Ausgestaltung von Fussgängerstreifen zu erlassen, wird aufgehoben				
1.1	Kantone	24	0	24	100.0
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.
2.1	Politische Parteien	4	0	4	100.0
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	6	5	11	54.5
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	0	7	100.0
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	5	1	6	83.3
5.1	Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.
5.2	Velo, Langsamverkehr	3	2	5	60.0
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	1	9	88.9
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	3	1	4	75.0
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.
9.1	Private	0	5	5	0.0
	Total	68	15	83	81.9
20	Kompetenz des Bundesrates, Ausnahmen vom Verbot der Rundstreckenrennen vorzusehen und diese zu bewilligungsfähigen Veranstaltungen zu machen, wird erweitert				
1.1	Kantone	22	2	24	91.7
1.2	Städte, Gemeinden	1	1	2	50.0
1.3	Blaulichtorganisationen	4	0	4	100.0
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.
2.1	Politische Parteien	1	3	4	25.0
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	6	5	11	54.5
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	6	1	7	85.7
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	3	1	4	75.0
5.1	Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.
5.2	Velo, Langsamverkehr	3	2	5	60.0
6.1	Umwelt, Klima, Energie	0	11	11	0.0
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	2	2	4	50.0
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.
9.1	Private	0	5	5	0.0
	Total	48	33	81	59.3



Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen				Stellungnahmen			
				Anzahl		Anteil (%)	
				Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen	Nicht einver- standen
21	Für Widerhandlungen mit Motorfahrzeugen von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit darf grundsätzlich nur noch eine «Busse» (bis 10 000 CHF) und nicht mehr eine «Geldstrafe oder Freiheitsstrafe» ausgesprochen werden						
1.1	Kantone	22	1	23	95.7	4.3	
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0	
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.	.	
2.1	Politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	8	3	11	72.7	27.3	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	8	0	8	100.0	0.0	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	3	1	4	75.0	25.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	0	0	0	.	.	
5.2	Velo, Langsamverkehr	33	1	34	97.1	2.9	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	0	1	1	0.0	100.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	2	2	4	50.0	50.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	0	5	5	0.0	100.0	
	Total	87	15	102	85.3	14.7	
22	Bundesrat kann das ASTRA auf dem Verordnungsweg ermächtigen, in besonderen Fällen Ausnahmen von einzelnen Verordnungsbestimmungen zu bewilligen						
1.1	Kantone	19	7	26	73.1	26.9	
1.2	Städte, Gemeinden	2	1	3	66.7	33.3	
1.3	Blaulichtorganisationen	3	1	4	75.0	25.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	2	0	2	100.0	0.0	
2.1	Politische Parteien	4	0	4	100.0	0.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	5	6	11	45.5	54.5	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	26	0	26	100.0	0.0	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	5	0	5	100.0	0.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	1	0	1	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	31	2	33	93.9	6.1	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	1	9	88.9	11.1	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	2	3	33.3	66.7	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	1	4	5	20.0	80.0	
	Total	108	24	132	81.8	18.2	
23	Bundesrat kann mit anderen Staaten (z.B. UK) ähnliche Verträge wie mit dem Fürstentum Liechtenstein abschliessen						
1.1	Kantone	26	0	26	100.0	0.0	
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0	
1.3	Blaulichtorganisationen	4	0	4	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0	
2.1	Politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	7	1	8	87.5	12.5	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	26	0	26	100.0	0.0	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	5	0	5	100.0	0.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	1	0	1	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	3	0	3	100.0	0.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	0	8	100.0	0.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	0	1	100.0	0.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	1	2	3	33.3	66.7	
	Total	89	4	93	95.7	4.3	



Vernehmlassungsteilnehmende nach thematischen Gruppierungen				Stellungnahmen			
				Anzahl		Anteil (%)	
				Einver- standen	Nicht einver- standen	Einver- standen	Nicht einver- standen
24 Bundesrat kann Änderungen an bestimmten internationalen Abkommen genehmigen oder vorschlagen sowie völkerrechtliche Verträge über den grenzüberschreitenden Motorfahrzeugverkehr abschliessen							
1.1	Kantone	26	0	26	100.0	0.0	
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0	
1.3	Blaulichtorganisationen	4	0	4	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	1	0	1	100.0	0.0	
2.1	Politische Parteien	3	1	4	75.0	25.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	10	1	11	90.9	9.1	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	8	0	8	100.0	0.0	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	6	0	6	100.0	0.0	
5.1	Öffentlicher Verkehr	2	0	2	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	4	0	4	100.0	0.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	0	0	0	.	.	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	1	0	1	100.0	0.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	2	2	4	50.0	50.0	
	Total	70	4	74	94.6	5.4	
25 Halterhaftung für Ordnungsbussen wird auf juristische Personen ausgedehnt							
1.1	Kantone	24	1	25	96.0	4.0	
1.2	Städte, Gemeinden	3	0	3	100.0	0.0	
1.3	Blaulichtorganisationen	5	0	5	100.0	0.0	
1.4	Weitere interkantonale Organisationen	0	0	0	.	.	
2.1	Politische Parteien	4	1	5	80.0	20.0	
3.1	Auto, Motorrad, Fahrschule	9	2	11	81.8	18.2	
3.2	Schwerverkehr, Transport, Logistik	7	1	8	87.5	12.5	
4.1	Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft	5	1	6	83.3	16.7	
5.1	Öffentlicher Verkehr	1	0	1	100.0	0.0	
5.2	Velo, Langsamverkehr	33	0	33	100.0	0.0	
6.1	Umwelt, Klima, Energie	8	0	8	100.0	0.0	
7.1	Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales	4	0	4	100.0	0.0	
8.1	Forschung, Lehre, Testzentren	0	0	0	.	.	
9.1	Private	3	2	5	60.0	40.0	
	Total	106	8	114	93.0	7.0	

## 4 Stellungnahmen zu den einzelnen Fragen

Das Kapitel 4 orientiert sich grundsätzlich an der Struktur des Fragebogens zur «Teilrevision Gesetze». Für jede Frage sind jeweils sämtliche Teilnehmende aufgelistet, die der entsprechenden Frage grundsätzlich zugestimmt oder diese abgelehnt haben. Nicht aufgelistete Teilnehmende haben sich zur jeweiligen Frage nicht explizit geäußert. Zu jeder Frage sind ausserdem die als «zentrale Aussagen» zusammengefassten Bemerkungen der Teilnehmenden aufgeführt (vgl. Kap. 1.3). Auch den «zentralen Aussagen» sind jeweils die entsprechenden Teilnehmenden zugeordnet. Eine Auflistung aller Teilnehmenden mit Abkürzung und voller Bezeichnung findet sich im Anhang.

### 4.1 Förderung umweltfreundlicher Technologien

#### Höchstzulässige Abmessungen und Gewichte (Frage 1)

Sind Sie damit einverstanden, dass eine Bestimmung ins SVG eingefügt wird, wonach der Bundesrat aus Gründen des Umweltschutzes die Überschreitung der in Artikel 9 Absatz 1 SVG festgelegten höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte auf Verordnungsebene zulassen kann, sofern damit keine Erhöhung der Transportkapazität verbunden ist?

(Art. 9 Abs. 2<sup>bis</sup> E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

##### Zustimmung

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, GPS, SPS, SVP, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ARVAG, ASA, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, TCS, VFAS, ASTAG, H2, LRS, SVI, VöV, FussverkehrSchweiz, AlpenInitiative, VCS, BFU, CargoForum, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Swissscofel, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, PUSCH, SES, WWF, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, Kyburz, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, Vitelli

101.10	Änderungen an den technischen Vorschriften für Fahrzeuge (Dimensionen, Gewichte) müssen im Einklang mit den Vorschriften der EU stehen.	ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, FR, SH, AR, AI, GR, TI, VD, VS, NE, JU, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, KP-OW
101.11	Transportkapazitäten sollen durch Erhöhungen der Abmessungen und Gewichte nicht erhöht werden (alternativ betriebene Fahrzeuge sollen mit konventionellen Fahrzeugen vergleichbar bleiben) und bei technischen Neuerungen sollen Behörden grosse Flexibilität aufweisen.	H2, LRS, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Swissscofel, SES, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare
101.12	Erhöhung der Abmessungen und Gewichte soll nicht zu einer Verlagerung der Transporte von der Schiene auf die Strasse führen (Vorgaben zur Verladbarkeit auf rollende Landstrasse, weitere Massnahmen zu Verlagerung von Strasse auf Schiene).	TG, GPS, SPS, VöV, AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-

		Allianz, Klimaschutz, PUSCH, SES, WWF
101.13	Negative Auswirkungen durch Erhöhung der Abmessungen und Gewichte sollen vermieden werden (keine erschwerte Kontrollen durch Behörde, keine überlastete Strassen, keine übertriebenen Grössen, keine Förderung von Brückentechnologien, Verkehrssicherheit und Energiebilanz gewährleisten, Gesamtgewichtsgrenze 44 Tonnen).	BE, ZG, SG, CVP, FussverkehrSchweiz, AlpenInitiative, BFU, StadtLuzern
101.14	Erhöhung der Abmessungen und Gewichte bringt Vorteile (CO2-Reduktion, technologischer Fortschritt).	FDP, GLP, SVP
101.15	Erhöhung der Abmessungen und Gewichte soll befristet sein.	Vitelli
101.16	Alle Nutzfahrzeuge, Landwirtschafts- und Baustellenfahrzeuge sollen einbezogen werden, bei denen die Einführung umwelteffizienterer Technologien sie benachteiligt.	AutoSchweiz, FMS, CentrePatronal
101.17	Zeithorizont für die Verordnungskompetenz (bis mindestens Anfang der 2030er-Jahre) ist zu lang.	SGB
<b>Ablehnung</b>		
BS, BL, ACS, SFV, 2rad, Velosuisse, RoadCross, EcoSwiss, AefU, Klimastreik, FRC, SBV, FREC, KBAV, SBB-Recht, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia		
101.20	Im Sinne der Verkehrssicherheit sollen Abmessungen und Gewichte nicht erhöht werden (schwerere und grössere Fahrzeuge sind schwieriger sicher zu lenken, Unterscheidung unter 3.5 t = leichte, über 3.5 t = schwere Fahrzeuge beibehalten).	SFV, 2rad, Velosuisse, RoadCross, EcoSwiss, AefU, SBV, FREC, KBAV, G.Fellay, S.Attia
101.21	Maximale Gewichte nach Art. 9 Abs. 1 SVG sollen beibehalten werden und technische Vorschriften sollen im Einklang mit den EU-Normen stehen.	BS, BL
101.22	Für batteriebetriebene Lastwagen soll keine Erhöhung der Abmessungen und Gewichte erfolgen (leichter als mit Verbrennungsmotor), es soll die Verlagerung des Transports auf die Schiene priorisiert werden.	Klimastreik
101.23	Bei der Regulierung elektrisch betriebener Fahrzeuge soll die CO <sub>2</sub> -Bilanz über die gesamte Lebensdauer berücksichtigt werden.	A.Mine
101.24	Änderungen an den technischen Vorschriften für Fahrzeuge (Dimensionen, Gewichte) müssen im Einklang mit den Vorschriften der EU stehen.	SBB-Recht
101.25	Erhöhung der Abmessungen und Gewichte soll nicht zu einer Verlagerung der Transporte von der Schiene auf die Strasse führen (Vorgaben zur Verladbarkeit auf rollende Landstrasse, weitere Massnahmen zu Verlagerung von Strasse auf Schiene).	SBB-Recht
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
101.30	Rund 80 Prozent der Brücken im Kanton Appenzell Ausserrhoden wurden mit Normen und Lastannahmen vor 1970 berechnet und genügen heutigen Anforderungen an Schwertransporte > 44 Tonnen nicht (erfordert teilweise zusätzliche Gewichts- und Längenbeschränkungen).	AR
101.31	Bei den durch die Vergrösserung der Fahrzeuge erforderlichen Anpassungen der Infrastruktur sollen auch negative Einflüsse auf die Umwelt berücksichtigt werden.	VD

101.32	Für das Verbot von Fahren unter Alkoholeinfluss sollen bei konventionellen und alternativen Antrieben die gleichen Regeln gelten.	FussverkehrSchweiz
101.40	Antrag Art. 9 Abs. 2bis (anpassen): "Er kann eine Überschreitung des höchstzulässigen Gewichts und der Höchstlänge zulassen für Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen, die umweltfreundliche Baumerkmale und Ausrüstungsgegenstände zugunsten erneuerbaren und emissionsfreien Antriebsformen aufweisen. Die zulässige Überschreitung entspricht maximal dem für diese Merkmale erforderlichen Mehrgewicht oder der dafür erforderlichen Zusatzlänge. Die Ladekapazität darf nicht erhöht werden."	ÖkostromSchweiz

## 4.2 Automatisiertes Fahren

### Definition Fahrzeuge (Frage 2)

Sind Sie mit der Definition von Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem einverstanden?  
(Art. 25a Abs. 1 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b> ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, Privatim, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, SVLT, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, FussverkehrSchweiz, ProVelo, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, CargoForum, Swisscofel, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, FRC, SBV, SVV, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, H2Energy, Kyburz, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, S.Attia		
102.10	Es sollen zusätzliche Rahmenbedingungen festgelegt werden (keine anderen Verkehrsteilnehmende beeinträchtigen, Bewilligung nur in Abstimmung mit Zielen der nachhaltigen Mobilität, Haftungslücken klären, keine Verlagerung von Schiene auf Strasse).	SPS, ProVelo, AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF
102.11	Definition soll präzisiert werden: "Automatisiertes Fahren" soll SAE-Level 3 und 4 bezeichnen, bei dem die Fahrer/-innen zumindest in bestimmten Einsatzbereichen (Operational Design Domains, ODDs) von der dynamischen Fahraufgabe und den damit einhergehenden Pflichten entbunden werden.	FussverkehrSchweiz, BFU, SVV
102.12	Bei Definition soll von "wasserstoffelektrischem" statt "brennstoffzellenelektrischem" Antrieb gesprochen werden (bei "batterieelektrischen" Antrieben findet Energiespeicherung mit Hilfe von Batterien und Antrieb elektromotorisch statt).	H2Energy
102.13	Bei Unfällen wird die Zurechnung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit erschwert (trotz Fahrmodusspeicher im Automatisierungssystem).	SA-UR
102.14	Regelungskompetenz des Bundesrates auf Verordnungsstufe wird begrüsst (technische Entwicklungen rasch freigeben, internationale Standards schnell übernehmen).	FDP, VK-KKPKS/SVSP
102.15	Definition der autonomen Fahrzeuge soll technologieneutral sein (einziges Kriterium, dass die Energiequelle sauber und regenerativ ist).	CDS
102.16	Verkehrssicherheit ist bei der Einführung in den Vordergrund zu stellen, ohne dabei die technische Entwicklung unnötig zu verzögern.	BE

## Ablehnung

VD, LRS, Vitelli, A.Mine, P.Peterhans

102.20	Definition greift zu kurz und ist missverständlich (Automatisierungssysteme kommen bereits ab SAE-Level 1 und 2 zum Einsatz), "Automatisiertes Fahren" soll SAE-Level 3 und 4 bezeichnen, bei dem die Fahrer/-innen zumindest in bestimmten Einsatzbereichen (Operational Design Domains, ODDs) von der dynamischen Fahraufgabe und den damit einhergehenden Pflichten entbunden werden.	VD, A.Mine
102.21	Zuerst sollen neue Rahmenbedingungen festgelegt werden (keine anderen Verkehrsteilnehmer/-innen beeinträchtigen, keine erhöhte Verantwortungspflicht anderer Verkehrsteilnehmer/-innen).	LRS

## Beherrschungspflichten (Frage 3)

Sind Sie damit einverstanden, dass der Bundesrat Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer von Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem von ihren Beherrschungspflichten gemäss Artikel 31 Absatz 1 SVG befreien kann?

(Art. 25a Abs. 2 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

## Zustimmung

ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, ACS, AutoSchweiz, FMS, TCS, VFAS, ASTAG, SVLT, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, AlpenInitiative, VCS, BFU, VfV, CargoForum, Swisscofel, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, SVV, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, FER, CDS, Kyburz, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, Vitelli, S.Attia

103.10	Tragweite der Bestimmung ist ohne konkrete Regelungen nicht abschätzbar (unterschiedliche Aufmerksamkeitsanforderung für Lenkende) und offene Fragen sollen vorgängig geklärt werden (Haftung, strafrechtliche Verfolgung, Zugriff auf Fahrmodusspeicher).	ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, SH, AR, AI, SG, GR, TI, VS, NE, JU, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, KP-OW, S.Attia
103.11	Entwicklung Richtung Automatisierung findet unabhängig von der Schweiz statt (bringt nebst Risiken auch Chancen), weshalb rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen (übertragen der Verantwortung von Fahrzeuglenkenden an Fahrzeuge, Hersteller, Prüfstellen).	SPS, AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF
103.12	Für alle Beteiligten soll Rechtssicherheit geschaffen werden und Haftungsfragen sollen eindeutig definiert sein (strafrechtliche Verfolgung, Zugriff auf Fahrmodusspeicher, Regressmöglichkeit auf Hersteller gem. Motion 17.4039), erforderliche polizeiliche Handlungen sollen wie bisher am Kontroll- oder Unfallort eingeleitet bzw. ausgeführt werden.	SO, GLP, SVP, SVV, Post, PostAuto
103.13	Art und Umfang der Befreiung sollen vom jeweiligen Automatisierungssystem abhängig sein.	SA-UR, Post, PostAuto
103.14	Für die Führerausbildung wird die Umsetzung eine grosse Herausforderung sein (neue Kompetenzanforderungen an Fahrzeugführende).	TG, BFU
103.15	Automatisches Fahren soll nur auf Autobahnen und Strassen ohne Fussgänger und ohne leichten Zweiradverkehr erlaubt sein.	Vitelli

103.16	Internationale Regelungen sollen weitestgehend übernommen werden.	TG
103.17	Fahrzeugen der Stufe SAE-L3 sollen nur zugelassen werden, wenn der Zeitraum für die Übernahme der Fahraufgabe ausreichend lang ist und die Beherrschungspflicht durch eine Pflicht zur Übernahmebereitschaft ersetzt wird (vollständige Befreiung erst bei selbstfahrenden Fahrzeugen ab Stufe SAE-L4).	BFU
<b>Ablehnung</b> LU, BS, VD, IG-WAB, SFV, LRS, SLV, 2rad, FussverkehrSchweiz, ProVelo, Velosuisse, RoadCross, AefU, Klimaschutz, FRC, SBV, FREC, KBAV, FZL, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans		
103.20	Bevor klar ist, wie sich die internationalen Bestimmungen zum automatisierten Fahren entwickeln, soll im schweizerischen Recht auf jegliche Aufweichung der Beherrschungspflicht für Fahrzeugführende verzichtet werden (Schweizer Alleingang ist nicht sinnvoll).	SFV, SLV, Velosuisse, RoadCross, FREC, KBAV
103.21	Vor Befreiung der Beherrschungspflicht sollen klare und umsetzbare Vorgaben erarbeitet werden (Tragweite noch nicht abschätzbar, unterschiedliche Aufmerksamkeit je nach Automatisierungsgrad und -system, Verantwortlichkeit und Haftungspflicht der Herstellenden, Grundsatz "Beherrschen des Fahrzeuges" nicht aufweichen).	LU, BS, LRS, ProVelo, FRC
103.22	Lenkende sollen Kontrolle jederzeit übernehmen können und über entsprechende Fähigkeiten verfügen (Abgabe Beherrschungspflicht auf Stufe SAE-L3 führt zu Unsicherheit).	2rad, FussverkehrSchweiz, SBV, FREC, A.Mine
103.23	Aufhebung der Beherrschungspflicht ist für nächste Jahre unrealistisch (Systeme sind zu wenig ausgereift).	IG-WAB, FZL
103.24	Vorgängig sollen Massnahmen ergriffen werden, die der Attraktivitätssteigerung des MIV durch das automatisierte Fahren entgegenwirken.	Klimaschutz
103.25	Fahrzeuge der Stufe SAE-L4 und L5 sollen nicht auf Stufe Verordnung geregelt werden.	VD
103.26	Befreiung der Beherrschungspflicht soll nicht ermöglicht werden (Systeme sind unausgereift und haben sich noch nicht bewährt, Sicherheit Fussgänger/-innen und Velofahrende ist nicht garantiert, Produkthaftungspflicht ist unklar).	AefU
103.27	Überwachung der Fahrzeuge soll bis zum Ende ihrer Lebensspanne garantiert werden (inkl. Updates, Rückrufpflicht für Hersteller).	FussverkehrSchweiz
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
103.30	Ergebnisse der menschlichen Leistungspotenziale und -grenzen (Human Factor, Ergonomie) sollen bei den Voraussetzungen zur Entbindung des Fahrzeugführers von seinen bisherigen Pflichten angemessen berücksichtigt werden.	BFU
103.40	Antrag Art. 25a Abs. 2 E-SVG (anpassen): "Der Bundesrat regelt, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang der Führer eines Fahrzeugs mit einem Automatisierungssystem ab SAE-L4 von seinen Pflichten nach Artikel 31 Absatz 1 befreit wird, wenn diese entsprechend an den Hersteller des Fahrzeuges, an die Herstellerin der Betriebssoftware oder andere Systemverantwortliche übertragen werden."	FussverkehrSchweiz

103.41	Antrag Art. 25a Abs. 3 <sup>bis</sup> SVG (ergänzen): Regressmöglichkeit für Versicherungen einführen, damit der Hersteller für allfällige Fehler des selbstfahrenden Fahrzeugs haftet.	GLP
--------	---	-----

## Zulassungsvoraussetzungen (Frage 4)

Sind Sie damit einverstanden, dass der Bundesrat die Zulassungsvoraussetzungen festlegt, damit Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem, die keine Fahrzeugführerin oder keinen Fahrzeugführer benötigen, auf bestimmten Strecken zugelassen werden können?

(Art. 25a Abs. 3 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, ACS, AutoSchweiz, FMS, TCS, VFAS, ASTAG, SVLT, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, AlpenInitiative, VCS, BFU, CargoForum, Swisscofel, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, FRC, SVV, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, FER, CDS, Kyburz, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, Vitelli		
104.10	Automatisierung hat auch Potenzial für Weiterentwicklung des ÖV (Weiterbetrieb von wenig rentablen Linien).	SPS, AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF
104.11	Bei konkreten Bewilligungen sollen Art von Automatisierungssystem, betroffener Raum und Sicherheitsmassnahmen klar festgelegt werden (gesetzliche Regelung ist zu abstrakt).	BE, SZ, NW, FR, SH, SG, TG, SA-UR
104.12	Begriff "bestimmte Strecken" soll interpretationsfrei definiert sein, so dass Pilotprojekte möglichst breit und einfach möglich sind (z.B. allg. Definition für bestimmte Strecken/Zonen).	SVV, Post, PostAuto, TPG
104.13	Zulassung soll vorerst nur begrenzt auf noch zu definierende Streckenabschnitte erfolgen (Autobahn, Strassen ohne Fussgänger/-innen, Strassen ohne leichten Zweiradverkehr).	GLP, Vitelli
104.14	Bei der Erarbeitung von Zulassungsvoraussetzungen soll Gefährdungspotenzial und Zuverlässigkeit der verschiedenen Automatisierungssysteme beachtet werden.	ACVS, VK-KKPKS/SVSP
104.15	Vernetzung der Fahrzeuge untereinander und mit der Infrastruktur soll als notwendige Zielsetzung aufgenommen werden.	Post, PostAuto
104.16	Nebst den Strecken soll für die selbstfahrenden Fahrzeuge auch der Betriebsbereich definiert werden (Kriterien für "Operational Design Domain ODD" festlegen, wie z.B. Verkehrsregime, Fahrspuren, ausserorts / innerorts, Geschwindigkeitsregime).	VöV, BFU
<b>Ablehnung</b>		
VD, Privatim, IG-WAB, SFV, LRS, FussverkehrSchweiz, ProVelo, Velosuisse, RoadCross, AefU, Klimaschutz, SBV, FREC, KBAV, FZL, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans		
104.20	Festlegung der Zulassungsvoraussetzungen soll auf Gesetzesstufe erfolgen und nicht dem Bundesrat überlassen werden.	Privatim, SFV, ProVelo, Velosuisse, RoadCross, FREC, KBAV



104.21	Zum heutigen Zeitpunkt sind Automatisierungssysteme noch weit davon entfernt, in komplexen Verkehrssituationen zu funktionieren und den Ansprüchen innerorts zu genügen.	IG-WAB, FussverkehrSchweiz, SBV, FZL
104.22	Begriff "Bestimmte Strecken" ist zu pauschal und soll detaillierter ausgearbeitet werden (auf nationales Autobahnnetz begrenzen, Strecken ohne Fussgänger/-innen bzw. Menschen ohne Motorfahrzeuge).	FussverkehrSchweiz, AefU
104.23	Zulassungen sollen nur für Fahrzeuge der Automatisierungsstufe 4 sowie für definierte und bewilligte Pilotprojekte möglich sein.	VD
104.24	Vorgängig sollen Massnahmen ergriffen werden, die der Attraktivitätssteigerung des MIV durch das automatisierte Fahren entgegenwirken.	Klimaschutz
104.25	Vorgängig sollen Erfahrungen gesammelt werden (Verhalten im Verkehrsfluss, Beeinträchtigung der Verkehrspartner, Versuchsbetrieb mit vorhandenem Fahrer).	LRS
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
104.40	Antrag Art. 25a Abs. 3 E-SVG (anpassen): "Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem, die keinen Fahrzeugführer benötigen, dürfen nur auf bestimmten Strecken des nationalen Autobahnnetzes zugelassen werden. Der Bundesrat legt die Zulassungsvoraussetzungen fest."	FussverkehrSchweiz

## Verkehrssicherheit und externe Daten (Frage 5)

Sind Sie mit den in Artikel 25a Absatz 4 genannten Rahmenbedingungen (Verkehrssicherheit, Bearbeitung extern erhobener Daten durch Automatisierungssysteme) für die in Artikel 25a Absatz 2 und 3 vorgeschlagenen bundesrätlichen Kompetenzen einverstanden?  
(Art. 25a Abs. 4 E-SVG)

### Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, SPS, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, Privatim, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, TCS, VFAS, ASTAG, H2, SVLT, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, AlpenInitiative, VCS, BFU, VfV, CargoForum, IG-Detailhandel, Swisscofel, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, FRC, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, Kyburz, M-Basel, Micarna, M-Neuendorf, Pfister, railCare, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, Vitelli		
105.10	Im Sinne der Rechtssicherheit soll definiert werden, wann die "Integrität und Zuverlässigkeit" externer Daten gewährleistet ist (für Datenintegrität braucht es gültige Vorgaben im Bereich Normen etc.).	Economiesuisse, SGV, VFAS, VöV, Post, PostAuto, TPF
<b>Ablehnung</b>		
VD, SVP, SFV, LRS, FussverkehrSchweiz, ProVelo, Velosuisse, RoadCross, AefU, Klimaschutz, SBV, SVV, FREC, KBAV, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans		
105.20	Lenkende von selbstfahrenden Fahrzeugen sollen eine entsprechende Prüfung absolvieren und die Sicherheit von schwächeren Verkehrsteilnehmenden sowie die Datensicherheit (Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten) sollen gewährleistet sein.	SFV, Velosuisse, RoadCross, SVV, FREC, KBAV, A.Mine
105.21	Zufussgehende sollen durch die Einführung von Fahrzeugen mit Automatisierungssystemen (erforderliche Kommunikation Mensch-Maschine) in	FussverkehrSchweiz, SBV



	ihrem Recht zur freien Bewegung nicht eingeschränkt werden und die Verantwortlichkeit soll nicht von den Fahrzeuglenkenden auf die Zufussgehenden verschoben werden.	
105.22	Passus "keine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit" ist zu pauschal und soll detaillierter ausgearbeitet werden (zwingend für dauerhafte Einführung automatisierter Fahrzeuge ohne verantwortliche Fahrzeugführer).	LRS, AefU
105.23	Zugriff auf Fahrzeugdaten soll nur mit Zustimmung des Fahrzeughalters oder auf richterliche Anweisung möglich sein.	SVP
105.24	Im Sinne der Rechtssicherheit soll definiert werden, wann die "Integrität und Zuverlässigkeit" externer Daten gewährleistet ist (für Datenintegrität braucht es gültige Vorgaben im Bereich Normen etc., eventuell Zertifizierung im Sinne von Artikel 11 des Datenschutzgesetzes).	VD
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
105.30	Verletzliche Verkehrsteilnehmer (Kinder, sinnes- oder bewegungseingeschränkte Menschen, ältere Personen) sollen vor potenziellen Gefahren durch automatisierte Fahrzeuge im Mischverkehr geschützt und deren Ansprüche im vollen Umfang berücksichtigt werden.	FussverkehrSchweiz, BFU
105.40	Antrag Art. 25a Abs. 4 E-SVG (anpassen): «... und dass die Automatisierungssysteme die von ihnen benötigten Daten nur dann bearbeiten können, wenn deren Zuverlässigkeit und Integrität gewährleistet ist.»	TPF
105.41	Antrag Art. 25a Abs. 4 E-SVG (anpassen): Der Begriff "Richtigkeit" ist ein datenschutzrechtlicher Begriff (vgl. Art. 5 DSGVO) und dem Begriff "Zuverlässigkeit" vorzuziehen.	BE, Privativim

## Fahrmodusspeicher (Frage 6)

Sind Sie mit den in Artikel 25b genannten Rahmenbedingungen (Fahrmodusspeicher) für die in Artikel 25a Absatz 2 und 3 vorgeschlagenen bundesrätlichen Kompetenzen einverstanden?  
(Art. 25b E-SVG)

### Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
BE, UR, GL, FR, SO, BL, SH, AR, AI, SG, AG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, SPS, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ASA, ACS, IG-WAB, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, RoadCross, VfV, CargoForum, EspaceMobilité, Swissscofel, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, SVV, StadtLuzern, FREC, KBAV, FER, FZL, CDS, Kyburz, M, M-Luzern, M-NE-FR, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, Vitelli		
106.10	Für zuverlässige Antworten im Ereignisfall sollen weitere Daten aufgezeichnet werden (Zugang zu bereits erhobenen Daten gewährleisten, Rückschlüsse zu Funktionsweise des Automatisierungssystems, Systemkontrolle durch Fahrzeugführer/-in oder automatisches System).	SH, SG, NE, SPS, VöV, AlpenInitiative, VCS, BFU, VfV, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, Post, PostAuto
106.11	Rahmenbedingungen für Datenzugang durch Vollzugsbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Dritte sowie Datenqualität und Datenaufbewahrungszeit sollen auf Gesetzesstufe definiert werden (eingeschränkte Datenverwendung führt zu Privilegierung gegenüber anderen Delikten) und die	BE, UR, FR, BL, SH, AR, SG, AG, BFU, PostAuto

	Daten sollen bei einer unabhängigen Stelle vorliegen (nachträgliche Datenmanipulationen verhindern).	
106.12	Anforderung an Fahrmodusspeicher soll nicht zum Hindernis für Testbetrieb in einem kontrollierten Umfeld werden.	Economiesuisse, SGV, VFAS
<b>Ablehnung</b>		
ZH, LU, SZ, OW, NW, ZG, BS, GR, TG, SVP, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, AutoSchweiz, FMS, SVLT, FussverkehrSchweiz, ProVelo, FRC, SBV, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, A.Mine, P.Peterhans		
106.20	Rahmenbedingungen für die Herausgabe von Daten an Vollzugsbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Dritte fehlen und/oder sind unklar definiert (keine gesetzliche Pflicht der Fahrzeughersteller, die aufgezeichneten Daten den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung zu stellen) und sollen den datenschutzrechtlichen Grundsätzen entsprechen (Gesetzmässigkeitsprinzip, Zweck der Datenerhebung und Weitergabe).	ZH, LU, OW, BS, GR, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, KP-OW
106.21	Zugriff auf Fahrzeugdaten soll nur mit Zustimmung des Fahrzeughalters oder auf richterliche Anweisung möglich sein.	SVP, AutoSchweiz, FMS, SVLT, CentrePatronal
106.22	Aufzeichnen des Fahrmodus ist ungenügend klar geregelt und die Möglichkeit, den Fahrmodus jederzeit zu ändern, soll eingeschränkt werden (sonst schieben Fahrzeughersteller Verantwortung auf Fahrzeugführende).	FussverkehrSchweiz, SBV
106.23	Bestimmung in Art. 25 Abs. 1 ist zu eng gefasst (zur Klärung der Frage, ob im Ereignisfall ein menschliches oder technisches Versagen vorliegt, müssen zusätzliche Daten erhoben werden).	SZ, NW, TG, SA-UR
106.24	Datenerfassung soll sich auf Daten beschränken, die für die Eruierung eines Unfallhergangs unbedingt nötig sind.	FRC
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
106.40	Antrag Art. 25b Abs. 2 E-SVG (präzisieren): "... werden können. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten."	ZG
106.41	Antrag Art. 25b Abs. 3 E-SVG (ergänzen): "Der Bundesrat regelt unter Beachtung von Art. 25c: a. die Zugriffs- und Bearbeitungsrechte des Fahrzeughalters gemäss Abs. 2; b. bisher a, c. bisher b, d. bisher c".	ZG
106.42	Antrag Art. 25b E-SVG (ergänzen): a) Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass die erhobenen und gespeicherten Daten unveränderbar sein müssen, b) Es ist ausdrücklich festzuhalten, wie lange die erhobenen und gespeicherten Daten mindestens verfügbar sein müssen (Datenformat soll einheitlich vorgegeben werden).	AG
106.43	Antrag Art. 25b Abs. 3 Bst. a E-SVG (ergänzen): Der Bundesrat soll die Aufzeichnung weiterer Daten regeln, die in Art. 25b Abs. 1 E-SVG nicht genannt sind. Es wäre zu präzisieren, dass der Bundesrat die Aufzeichnung besonders schützenswerter Personendaten oder von Daten, die durch Profiling gewonnen wurden, nicht regeln kann.	VD

## Datenschutz (Frage 7)

Sind Sie mit den in Artikel 25c genannten Rahmenbedingungen (Datenschutz) für die in Artikel 25a Absatz 2 und 3 vorgeschlagenen bundesrätlichen Kompetenzen einverstanden?

(Art. 25c E-SVG)

### Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

#### Zustimmung

ZH, UR, NW, GL, FR, SO, SH, AR, AI, SG, AG, TG, TI, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, SPS, SVP, Economiesuisse, SGB, SGV, ASA, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, FussverkehrSchweiz, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, RoadCross, CargoForum, Swisscofel, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, SBV, SVV, StadtLuzern, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Kyburz, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, Vitelli

- |        |   |                               |
|--------|---|-------------------------------|
| 107.10 | Alle Daten sollen normiert, rückverfolgbar und in einem einheitlichen Datenformat abgespeichert werden, sollen zuverlässig gegen Löschen, Manipulation und unberechtigten Zugriff geschützt sein und dürfen ausschließlich für den vorgesehenen Zweck genutzt werden.                     | SO, NE, LITRA, Post, PostAuto |
| 107.11 | Bestimmung ist zu allgemein und unklar formuliert und soll (allenfalls erst später) konkretisiert werden.   | FR, AR, BFU                   |
| 107.12 | Strafrechtliche Folgen (Sanktionen) und Strafnormen sollen klar definiert werden (vertiefte Überlegungen zu Strafnormen, Haftungsfragen, Beweislast).   | GLP, BFU                      |
| 107.13 | Da in Systemen mit vernetzten Fahrzeugen die Daten ständig zwischen den Fahrzeugen und Rechenzentren ausgetauscht werden, braucht es eine Datenschutzfolgeabschätzung.  | Post, PostAuto                |
| 107.14 | Umgang der Automobilhersteller mit erhobenen Daten soll präzisiert werden (u.a. bzgl. Einsatzfahrzeuge Polizei).  | SG                            |
| 107.15 | Umgang mit Fragestellungen rund um die Vernetzung des automatisierten Verkehrssystems sind massvoll und zielführend (IT-Sicherheit in breitem Kreis bearbeiten, straf- und zivilrechtlichen Fragen für Schadenfälle sind zwar relevant, kommen in absehbarer Zeit noch nicht zum tragen). | VFAS                          |
| 107.16 | Bei Fahrzeugen ohne Fahrer an Bord soll für bestimmte Situationen bzw. Zeitspannen eine Fernlenkung möglich sein (z.B. Durchfahren einer komplexen Situation).  | VöV, TPF                      |

#### Ablehnung

BE, LU, SZ, OW, ZG, BS, BL, GR, VD, SSV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ProVelo, FRC, KP-OW, A.Mine, P.Peterhans

- |        |   |   |
|--------|---|---|
| 107.20 | Frage ist unklar und die Bestimmung soll präzisiert werden (auf Gesetzesstufe: Datenspeicherort, Grundsatz der Datensparsamkeit, Datenverantwortung, Datenzugriff durch Behörden/Dritte ohne Einwilligung des Fahrzeughalters, Dauer der Speicherung, Profilingerstellung durch Automatisierungssysteme). | BE, LU, SZ, OW, BS, BL, GR, VD, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, FRC, KP-OW |
| 107.21 | Betroffene Kantone und Städte sollen vor Bewilligungserteilung durch das ASTRA konsultiert werden.  | SSV   |

#### Anmerkungen und Anträge

107.40	Antrag Art. 25c E-SVG (präzisieren): "Datenschutz und Datensicherheit sind bei Automatisierungssystemen, Fahrmodusspeicher und Versuchen mit Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem zu gewährleisten."	ZG
--------	---	----

### Befristete Versuche (Frage 8)

Sind Sie damit einverstanden, dass das Bundesamt für Strassen ASTRA zur Durchführung von befristeten Versuchen mit Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem Abweichungen von den geltenden Bestimmungen bewilligen kann?

(Art. 25d E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

#### Zustimmung

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, FR, SO, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, CVP, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, ACS, AutoSchweiz, FMS, TCS, VFAS, ASTAG, SVLT, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, ProVelo, AlpenInitiative, VCS, BFU, CargoForum, IG-Detailhandel, Swisscofel, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, SVV, StadtLuzern, KP-OW, CentrePatronal, FER, CDS, Kyburz, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, Vitelli

108.10	Versuche sind wichtig und sollen nach einheitlichen Kriterien bewilligt und im Hinblick auf spätere rechtliche Regelungen einheitlich ausgewertet werden (bei Versuchen mit regionalem Charakter soll Lead bei Gesetzgeber bleiben und nicht an einzelne Kantone delegiert werden).	ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, FR, BL, SH, AR, AI, SG, GR, TI, VD, VS, NE, JU, SSV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ASA, SVV, KP-OW
108.11	Für Versuche, die für den Aufbau von Wissen im Bereich der Automatisierung wichtig sind, sollen Abweichungen von den geltenden Bestimmungen möglich sein.	SPS, ProVelo, AlpenInitiative, VCS, BFU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF
108.12	Bedingungen bezüglich neuer Kenntnisse sollen gelockert werden (vorgesehene Bewilligungsdauer ist zu kurz für sinnvolle Tests, mehrmaliges Einreichen von Gesuchen verursacht hohen Aufwand, Nachweis "Gewinnung neuer Erkenntnisse" ist bei Verlängerungsgesuchen nicht sinnvoll und zu streng).	GE, VöV, TPG
108.13	Zugriff auf Daten gemäss Art. 25b E-SVG durch die Polizei soll auch bei Versuchsbetrieben mit Ausnahmegewilligungen gesichert sein (präzisieren, von welchen "geltenden Bestimmungen" bei Versuchen abgewichen werden darf).	BE
108.14	Betroffene Kantone und Städte sollen vor Bewilligungserteilung für Versuche konsultiert werden.	SSV
108.15	Es sollen konkrete "ideale" Teststrecken definiert werden und keine generelle Zulassung erfolgen.	GLP
108.16	Besonders beachtet werden sollen die Auswirkungen auf Umwelt und Raumentwicklung, die Entwicklung neuer Verkehrsinfrastruktur, die allgemeine Sicherheit, der Austausch mit ähnlichen Ansätzen auf europäischer Ebene und die Einhaltung von Datenschutzgrundsätzen.	SG, VD

108.17	Es soll präzisiert werden, von welchen "geltenden Bestimmungen" bei Versuchen abgewichen werden darf.	BE
<b>Ablehnung</b>		
ZG, BS, TG, Privatim, IG-WAB, SFV, LRS, FussverkehrSchweiz, Velosuisse, RoadCross, AefU, SBV, SA-UR, FREC, KBAV, FZL, A.Mine, P.Peterhans		
108.20	Abweichungen von geltenden Bestimmungen zu Testzwecken sollen nur erfolgen, wenn klare einschränkende Rahmenbedingungen für die Abweichungen aufgestellt und diese zeitlich wie räumlich eng begrenzt sind.	SFV, Velosuisse, RoadCross, SBV, FREC, KBAV
108.21	Bestimmung ist zu offen gefasst und soll konkretisiert werden (Ausnahmen nur in Bezug auf geltende Ausrüstungsvorschriften und Verkehrsregeln ermöglichen, Grundrechte und Persönlichkeitsrechte der Betroffenen sicherstellen, straf- und haftungsrechtliche Fragen bei Unfällen klären, z.B. auf Fahrten, die vom ASTRA bewilligt werden und Bestimmungen des SVG umgehen).	ZG, TG, Privatim, IG-WAB, SA-UR, FZL
108.22	Versuche sind wichtig und sollen nach einheitlichen Kriterien bewilligt und im Hinblick auf spätere rechtliche Regelungen einheitlich ausgewertet werden (bei Versuchen mit regionalem Charakter soll Lead bei Gesetzgeber bleiben und nicht an einzelne Kantone delegiert werden).	ZG, BS
108.23	Gleichberechtigte Berücksichtigung der Fussgänger/-innen und Velofahrenden sowie des öffentlichen Verkehrs soll sichergestellt werden.	AefU
108.24	Bei Versuchen sollen weiterhin auch Fahrzeugführende mitfahren, die im Notfall eingreifen können.	LRS
108.25	Vor Versuchen auf der Strasse soll das Potenzial virtueller Trainings und Simulationen voll ausgeschöpft werden.	A.Mine
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
108.40	Antrag Art. 25d Abs. 4 E-SVG (zusätzlicher Absatz): "Die Versuche und Bewilligungen des ASTRA müssen von unabhängiger Forschung begleitet werden, die die Auswirkungen des Versuches auf das gesamte Verkehrssystem und insbesondere auf die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmenden untersucht. Bei einem solchen Forschungsauftrag ist der Bereich Langsamverkehr miteinzubeziehen. Die Gesuchstellenden sind in Zahlungspflicht."	FussverkehrSchweiz
108.41	Antrag Art. 25d Abs. 2 E-SVG (präzisieren): "... von den geltenden Ausrüstungsvorschriften und Verkehrsregeln abgewichen wird. ..."	ZG
108.42	Antrag Art. 25d Abs. 3 E-SVG (streichen).	ZG
108.43	Antrag Art. 25d Abs. 1 E-SVG (präzisieren): "Das ASTRA definiert hierzu bestimmte Strecke(n), wobei bei der Auswahl der Strecken, die Sicherheit im Vordergrund stehen muss."	GLP
108.44	Antrag Art. 25d Abs. 1 und 3 E-SVG (ergänzen): "Abs. 1: "Das ASTRA kann befristete Versuche mit Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem bewilligen. Sofern sich diese nicht auf Nationalstrassen 1. und/oder 2. Klasse beschränken, sind vorgängig die betroffenen Kantone, Städte und Gemeinden zu konsultieren. ((...))" Abs. 3: "Es kann den Entscheid, die den regionalen Rahmen nicht übersteigen, im Einzelfall den Kantonen übertragen. Diese konsultieren vorgängig die betroffenen Städte und Gemeinden." Abs. 4: "Das ASTRA sorgt dafür, dass befristete Versuche mit Fahrzeugen	SSV

mit einem Automatisierungssystem dokumentiert, ausgewertet und der Öffentlichkeit in einer allgemein verständlichen Weise transparent gemacht werden."

### Förderbeiträge (Frage 9)

Sind Sie damit einverstanden, dass das ASTRA zur Förderung neuartiger Lösungen Beiträge gewähren darf?

(Art. 105<sup>bis</sup> E-SVG)

#### Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

##### Zustimmung

LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, GE, CVP, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, SGB, VK-KKPKS/SVSP, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, SFV, TCS, ASTAG, H2, SVLT, SVI, DriveSwitzerland, LITRA, VöV, 2rad, FussverkehrSchweiz, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, CargoForum, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Swissscofel, EcoSwiss, GastroSuisse, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, SVV, StadtLuzern, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, Kyburz, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare, swisscombi, Post, PostAuto, TPF, TPG, Vitelli, G.Fellay

- |        |  |  |
|--------|--|--|
| 109.10 | Neuartige Lösungen (Pilot- und Demonstrationsanlagen) und entsprechende Projekte oder Feldversuche für die Erprobung neuer technologischer Entwicklungen sollen mit Bundebeiträgen unterstützt werden. | GLP, H2, LITRA, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare, Post, PostAuto |
| 109.11 | Versuche mit Fahrzeugen mit einem Automatisierungssystem sollen an Dokumentierungspflicht geknüpft werden.   | VD, BFU  |
| 109.12 | Bei Forschung und Förderung sollen auch die Auswirkungen auf den nicht motorisierten Verkehr (Fussverkehr, ÖV) und weitere Facetten (Gesellschaft, Gesundheit, Nachhaltigkeit) berücksichtigt werden.  | VöV, FussverkehrSchweiz  |
| 109.13 | Beiträge sollen aus Treibstoffzollzuschlag finanziert werden.  | Vitelli  |

##### Ablehnung

SGV, VFAS, LRS, ProVelo, SBV, A.Mine, P.Peterhans

- |        |  |                                      |
|--------|--|--------------------------------------|
| 109.20 | Förderung neuartiger Lösungen soll nicht durch ASTRA bzw. Steuergelder finanziert werden (Innovationsfinanzierung läuft schon, besser in Verkehrssicherheit investieren, überwiegend ausländische Fahrzeughersteller). | SGV, VFAS, LRS, ProVelo, SBV, A.Mine |
|--------|--|--------------------------------------|

##### Anmerkungen und Anträge

- |        |   |                    |
|--------|---|--------------------|
| 109.40 | Antrag Art. 105 <sup>bis</sup> E-SVG Abs. 1 (zusätzlicher Buchstabe) "c. Beiträge zur Erforschung der Auswirkungen der neuen Technologien auf andere, insbesondere nicht motorisierte Verkehrsteilnehmende und im Zusammenhang mit anderen gesellschaftsrelevanten Bereiche." | FussverkehrSchweiz |
|--------|---|--------------------|

## 4.3 Umsetzung parlamentarischer Vorstösse

### 4.3.1 Annullation des Führerausweises auf Probe (Motion 15.3574)

#### Annullation Führerausweis (Frage 10)

Sind Sie damit einverstanden, dass nur noch mittelschwere und schwere Widerhandlungen von Inhaberinnen und Inhabern eines Führerausweises auf Probe dazu führen, dass bei der ersten Widerhandlung die Probezeit verlängert und bei der zweiten Widerhandlung der Führerausweis auf Probe annulliert wird?

(Art. 15a Abs. 3 und 4 E-SVG)

#### Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

##### Zustimmung

ZH, BE, LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, GLP, SVP, SAB, SSV, SGV, ACVS, KSSD, ASA, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, 2rad, Velosuisse, RoadCross, CargoForum, Swisscofel, SVV, StadtLuzern, KP-OW, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, swisscombi, D.Schuppli, U.Arbenz

110.10 Anpassungsvorschlag trägt dem Verhältnismässigkeitsgrundsatz besser Rechnung als das bisherige System. LU, GL, SH, NE, FDP, GLP, SSV, AutoSchweiz, FMS, SFV, TCS, Velosuisse, RoadCross, SVV, StadtLuzern, FREC, KBAV, CentrePatronal, U.Arbenz

110.11 Bisher geltende Regelung ist zu streng und soll angepasst werden (Sperrfrist, verkehrspsychologisches Gutachten, Wiederholung aller Prüfungen, Kosten etc.), für die Praxis sollen auf Gesetzesstufe jedoch klare Übergangsregelungen definiert werden. BE, BL, ACVS, D.Schuppli

##### Ablehnung

UR, SPS, SGB, FussverkehrSchweiz, AlpenInitiative, VCS, BFU, VfV, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, Vitelli, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia

110.20 Aufgrund der mangelnden Verkehrserfahrung und den überproportional hohen Unfallzahlen bei Neulenkenden ist eine strenge Probezeit gerechtfertigt (Eigenschutz/Jugendschutzmassnahme, Unfallprävention, Ausbildungspflicht). SPS, AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, S.Attia

110.21 Mit der Anpassung geht die abschreckende Wirkung bei Neulenkenden und damit die verbundene generalpräventive Wirkung verloren. UR, FussverkehrSchweiz, BFU, AefU, G.Fellay

110.22 Reihenfolge der Widerhandlungen soll für den Verfall des Führerausweises auf Probe keine Rolle spielen. BFU

## 4.3.2 Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen (Motion 13.3572)

### Ab- und Auflastung Nutzfahrzeuge (Frage 11)

Sind Sie damit einverstanden, dass die Halterin oder der Halter das Gesamtgewicht ihres oder seines Motorfahrzeuges oder Anhängers (im Rahmen des Garantiegewichts) jederzeit bei der kantonalen Vollzugsbehörde ändern kann?

(Art. 9 Abs. 2<sup>bis</sup> und 3<sup>bis</sup> E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

#### Zustimmung

UR, SZ, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, GLP, SVP, SSV, Economiesuisse, SGV, ACVS, KSSD, ASA, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, H2, LRS, SVLT, Velosuisse, CargoForum, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Swisscofel, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, Kyburz, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare, swisscombi, TPF, Vitelli

111.10	Vorgeschlagene Lösung ist kompliziert und administrativ aufwändig und soll daher nur ein Zwischenschritt sein (langfristig jeweilig effektives Gesamtgewicht in LSVA-Erhebungssystem integrieren, Entlastung kantonale Organe, erhöhte Gesamteffizienz im Güterverkehr).	H2, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Swisscofel, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare
111.11	Anpassung führt zu Mehraufwand für die Kantone in den Bereichen Technik und Zulassung sowie zu Auswirkungen auf die Verkehrsabgaben (Gewichtsreduktion generiert weniger Verkehrsabgaben).	UR, SZ, GL, SH, AR, AI, TI, VS, JU, ASA
111.12	Modalitäten für eine unkomplizierte Ab- und Auflastung sollen möglichst rasch auf Verordnungsstufe festgelegt werden (z.B. in aktueller VTS-Revision).	ASTAG, CDS, swisscombi
111.13	Anpassung verschafft Verkehrsunternehmen mehr Flexibilität um auf Marktgegebenheiten zu reagieren.	FDP
111.14	Ungerechte Besteuerung gewisser Nutzfahrzeuge soll vermieden werden.	AutoSchweiz, FMS, CentrePatronal

#### Ablehnung

ZH, BE, LU, OW, NW, SPS, SGB, AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, G.Fellay, P.Peterhans

111.20	Änderung soll missbrauchssicher umgesetzt werden, weil sonst LSVA-Zahlungen vermieden werden können (Fahrzeug führt kurzfristig weniger schwere Ladungen mit, ändert dadurch Gewicht und fährt dann zeitweise trotzdem vollbeladen).	AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF
111.21	Vorgeschlagene Lösung wird Motion 13.3572 nicht gerecht und ist ohne einheitliches digitales System nicht praktikabel (Zulassungsdaten sollen nicht jederzeit geändert werden können, erwarteter Verwaltungsaufwand ist hoch, unerwünschte Auswirkungen auf kantonale Verkehrsabgaben resp. auf kantonale Gesetzgebung, Massnahmen sind kaum umsetzbar).	ZH, BE, LU, OW, NW, SPS



111.22	Schwerverkehrskontrollen sollen intensiviert werden und der Bund soll dazu entsprechende Mittel investieren.	AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF
--------	--	---

### 4.3.3 Anpassung von «Via sicura» (Motion 17.3632)

#### 4.3.3.1 Rasermassnahmen

##### Ermessensspielraum (Frage 12)

Sind Sie damit einverstanden, dass den Strafgerichten bei der Beurteilung von «Raserdelikten» ein grösserer Ermessensspielraum gewährt wird?

(Art. 90 Abs. 3 und 4 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
BE, LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, AR, AI, GR, AG, TI, VD, VS, NE, JU, FDP, SVP, SAB, SSV, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, ProVelo, Velosuisse, BFU, RoadCross, VfV, CargoForum, Swisscofel, SVV, UniGE, StadtLuzern, KP-OW, FREC, KBAV, UAM, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, swisscombi, G.Fellay, U.Arbenz		
112.10	Grundsätzlich haben die bisherigen Regelung einen gewünschten Effekt gezeigt, teilweise wurden Betroffene aber zu hart bestraft (Ausnahmefälle ausweiten, u.a. für Blaulichtorganisationen).	OW, BS, AR, AI, GR, VS, NE, JU, FDP, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, KP-OW, UAM
112.11	Fälle können besser differenziert (z. B. Wochentag, Tageszeit, Verkehrssituation) und Rechtsunsicherheiten beseitigt werden.	LU, SVP, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, SFV, TCS, Velosuisse, SVV, UniGE, KBAV, CentrePatronal, G.Fellay, U.Arbenz
112.12	Vorsätzlich begangene schwere Verkehrsregelverletzungen sollen weiterhin im gleichen Ausmass sanktioniert werden (z.B. Mindeststrafe verankern).	BE, SZ, NW, GL, SSV, RoadCross, StadtLuzern
112.13	Artikel 90 Abs. 3 und 4 SVG sollen angepasst statt aufgehoben werden (Lösung für bestehende Auslegungs- und Anwendungsprobleme).	BFU
112.14	Heute sind Mindeststrafen für Raserdelikte im Vergleich zu anderen Straftaten unverhältnismässig hoch.	FR
<b>Ablehnung</b>		
ZH, UR, BL, SH, SG, TG, GE, GLP, GPS, SPS, SGB, SVI, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, AlpenInitiative, VCS, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, StadtBern, SA-UR, Vitelli, A.Mine, P.Peterhans, S.Attia		
112.20	Ermessensspielraum hat sich bewährt und die gewünschte Wirkung erzielt, die wenigen Raserdelikte mit schweren Überschreitungen sollen weiterhin hart bestraft werden (keine Kavaliersdelikte, Schutz vor Raser, präventive Wirkung, unerwünschte Botschaft).	ZH, BL, SH, TG, GLP, GPS, SPS, SGB, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, AlpenInitiative, StadtBern, SA-UR, Vitelli, S.Attia

112.21	Durch bedingte bzw. unbedingte Urteile besteht der Ermessensspielraum bereits heute.	ZH, SPS, SGB, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, WWF
112.22	Ausweiten des Ermessensspielraums widerspricht dem Volkswillen (Rückzug Raserinitiative).	SPS, AlpenInitiative, VCS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF
112.23	Verantwortung für Sicherheit von den Täter/-innen verschiebt sich auf potenzielle, oft vulnerable Opfer (Kinder, Menschen mit Behinderung, Betagte) und überträgt diesen zusätzliche Pflichten (z.B. Helmpflicht).	VCS, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV
112.24	Herabsetzen der Mindeststrafe (6 Monate) reicht als Massnahme aus.	SG, GE, SA-UR
112.25	Ohne Mindeststrafe ist der Unterschied zu Art. 90 Abs. 2 SVG gering (bis zu 4 statt 3 Jahre Freiheitsstrafe) und Sanktionen für Raserdelikte werden wieder unter 6 Monaten Freiheitsstrafe liegen.	SG, TG
112.26	Nachweis für hohes Unfallrisiko mit Schwerverletzten oder Toten ist in der Praxis schwer zu erbringen, was zu einer vermehrten Beurteilung (nur) nach Art. 90 Abs. 2 SVG führt.	ZH
112.27	Vor Ausweitung des Ermessensspielraums soll sich zuerst die Rechtspraxis weiter etablieren.	SBV
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
112.31	Veränderter Ermessensspielraum soll eingespielte Abläufe bei der Polizei nicht beeinträchtigen.	SO
112.40	Antrag Art. 100 Ziff. 4 SVG (anpassen): "Missachtet der Führer eines Feuerweh-, Sanitäts-, Polizei- oder Zollfahrzeugs auf dringlichen oder taktisch notwendigen Dienstfahrten Verkehrsregeln oder besondere Anordnungen für den Verkehr, so macht er sich nicht strafbar, sofern er die nötige Vorsicht walten lässt und die erforderlichen Warnsignale abgibt; die Abgabe der Warnsignale ist ausnahmsweise nicht erforderlich, wenn sie der Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe entgegensteht. Hat der Fahrzeugführer durch seine Verkehrsregelverletzung eine zum Einsatzzweck unverhältnismässig grosse Gefahr geschaffen, so ist die Dienstfahrt strafmildernd zu berücksichtigen."	LU, AR, SG, GR, VK-KKPKS/SVSP
112.41	Antrag Art. 90 Abs. 4 E-SVG (anpassen): Für die Definition, dass "eine besonders krasse Missachtung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit" vorliegt, ist die jeweilige Geschwindigkeit, die mindestens überschritten wird, zu hoch bzw. nicht akzeptabel. In Tempo 30-Bereichen soll erst ein Tempo von 70km/h als «krass» anerkannt werden, in Tempo 50-Bereichen erst 100km/h.	AefU
112.42	Antrag Art. 90 Abs. 3 und 4 E-SVG (anpassen): Ermessensspielraum durch Ausnahmeregelung für "Härtefälle" regeln (analog Art. 66a Abs. 2 StGB).	ZH

## Mindeststrafe (Frage 13)

Sind Sie damit einverstanden, dass die Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe für die Begehung eines «Raserdelikts» aufgehoben wird?

(Art. 90 Abs. 3 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

### Zustimmung

BE, LU, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, AR, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, JU, FDP, SVP, SAB, SSV, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, ProVelo, Velosuisse, BFU, VIV, CargoForum, Swisscofel, SVV, UniGE, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, FREC, KBAV, UAM, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, swisscombi, G.Fellay, U.Arbenz

- |        |  |  |
|--------|--|--|
| 113.10 | Mindeststrafe soll reduziert oder aufgehoben werden (mehr Ermessensspielraum, differenzierte Betrachtung).   | FDP, SVP, SSV, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, SVV, UniGE, SA-UR, UAM, CentrePatronal, G.Fellay, U.Arbenz |
| 113.11 | Im Vergleich mit anderen Straftaten ist die Mindeststrafe heute unverhältnismässig hoch.   | BE, LU, SZ, OW, BS, AI, GR, VS, NE, JU, ACVS, VK-KKPKS/SVSP, KP-OW   |
| 113.12 | Mindeststrafe kann oder soll auf 6 Monate reduziert werden.  | NW, GL, FR, SG, TG   |
| 113.13 | Mindeststrafe soll nur reduziert oder aufgehoben werden, wenn vorsätzlich begangene schwere Verkehrsregelverletzungen weiterhin im gleichen Ausmass sanktioniert werden. | KSSD, StadtLuzern  |
| 113.14 | Vorgeschlagene Untergrenze für Mindeststrafe ist zu tief.  | VD   |
| 113.15 | Mindeststrafe kann reduziert werden, aber Art. 90 Abs. 3 und 4 sollen angepasst statt aufgehoben werden (löst bestehende Auslegungs- und Anwendungsprobleme).            | BFU  |

### Ablehnung

ZH, UR, BL, SH, AG, GE, GLP, GPS, SPS, SGB, SVI, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, AlpenInitiative, VCS, RoadCross, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, Vitelli, A.Mine, P.Peterhans, S.Attia

- |        |  |   |
|--------|--|---|
| 113.20 | Mindeststrafmass soll beibehalten werden, es hat sich bewährt und die gewünschte Wirkung erzielt, weshalb die wenigen Raserdelikte mit schweren Überschreitungen weiterhin hart bestraft werden sollen (keine Kavaliersdelikte, Schutz vor Raser, präventive Wirkung, unerwünschte Botschaft, Reduktion widerspricht Volkswillen). | ZH, UR, BL, SH, GLP, GPS, SPS, SGB, SwissCycling, Alpen-Initiative, VCS, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, Vitelli, S.Attia |
| 113.21 | Mindeststrafmass soll beibehalten und auf 6 Monate reduziert werden.   | AG, FussverkehrSchweiz  |
| 113.22 | Mindeststrafmass soll beibehalten und auf mindestens 120 Strafeinheiten („unités pénales“) reduziert werden.   | GE  |

113.23	Reduktion der Mindeststrafe führt zu Ungleichbehandlung bei spezifischen Fällen (z. B. Strafbefehl mit Geldstrafe versus Urteil mit überjähriger Freiheitsstrafe) und zu mehr Fällen im ordentlichen Verfahren (Abschwächung Raserdelikt).	ZH
113.24	Ermessensspielraum soll nicht ausgeweitet werden, er besteht durch bedingte bzw. unbedingte Urteile bereits heute.	SGB
113.25	Mindeststrafmass soll grundsätzlich beibehalten werden, kann unter bestimmten Bedingungen aber unterschritten werden (keine Vorsätzlichkeit, tadelloser Leumund).	RoadCross
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
113.30	Fahrzeugbeschlagnahmung bei Raserdelikten soll als abschreckender Effekt erhalten bleiben.	GL
113.40	Antrag Art. 90 Abs. 3 E-SVG (anpassen): «Mit Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren wird bestraft, wer (...); die Mindestdauer der Freiheitsstrafe ist anwendbar.»	VD
113.41	Antrag Art. 90 Abs. 3 E-SVG(anpassen): "Mit Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich a. einen Menschen durch besonders krasse Missachtung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit oder durch ein waghalsiges Überholmanöver der unmittelbaren Gefahr eines tödlichen Unfalls oder eines Unfalls mit schweren Verletzungsfolgen aussetzt; b. an einem nicht bewilligten Rennen mit Motorfahrzeugen teilnimmt, durch welches ein Mensch der unmittelbaren Gefahr eines tödlichen Unfalls oder eines Unfalls mit schweren Verletzungsfolgen ausgesetzt wird."	BFU
113.42	Antrag Art. 90 Abs. 4 E-SVG (anpassen): "Eine besonders krasse Missachtung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit liegt vor, wenn die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten wird um: a. Mindestens 40 km/, wo die Höchstgeschwindigkeit höchstens 30 km/h beträgt; b. Mindestens 50 km/h, wo die Höchstgeschwindigkeit höchstens 50 km/h beträgt; c. Mindestens 60 km/h, wo die Höchstgeschwindigkeit höchstens 80 km/h beträgt; d. Mindestens 80 km/, wo die Höchstgeschwindigkeit mehr als 80 km/h beträgt."	BFU

### Führerausweisentzug (Frage14)

Sind Sie damit einverstanden, dass nach einem «Raserdelikt» Ersttäterinnen oder Ersttäter der Führerausweis für mindestens 6 Monate entzogen werden muss (und nicht mehr für mindestens 24 Monate)?

(Art. 16c Abs. 2 Bst. a<sup>bis</sup> E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
LU, SZ, NW, BS, AI, SG, TI, NE, FDP, SVP, SAB, SGV, ACVS, VK-KKPKS/SVSP, ACS, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, VFV, CargoForum, Swisscofel, UniGE, KP-OW, UAM, CentrePatronal, FER, CDS, swisscombi, U.Arbenz		
114.10	Entzugsdauer für Führerausweis soll reduziert werden (mehr Ermessensspielraum, heute unverhältnismässig streng).	BS, FDP, SVP, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, UniGE, UAM, CentrePatronal

114.11	Entzugsdauer für Führerausweis soll auf (minimal) 12 statt 6 Monate festgesetzt werden.	AI, SG, TI, ACVS, U.Arbenz
<b>Ablehnung</b>		
ZH, BE, UR, OW, GL, ZG, FR, SO, BL, SH, AR, GR, AG, TG, VD, VS, GE, JU, GLP, GPS, SPS, SSV, SGB, KSSD, ASA, IG-WAB, SFV, SVI, FussverkehrSchweiz, ProVelo, SwissCycling, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, RoadCross, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, SVV, StadtLuzern, FREC, KBAV, FZL, Vitelli, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia		
114.20	Entzugsdauer für Führerausweis soll auf (minimal) 12 statt 6 Monate festgesetzt werden (zu wenig abschreckend, hebt sich zu wenig von anderen Delikten ab, zu kurze Frist für rechtliche Fahreignungsabklärung).	ZH, BE, OW, GL, ZG, FR, SO, SH, AR, GR, AG, TG, VD, VS, GE, JU, GLP, ASA, IG-WAB, FZL, G.Fellay
114.21	Entzugsdauer hat sich bewährt und die gewünschte Wirkung erzielt, weshalb die wenigen Raserdelikte mit schweren Überschreitungen weiterhin hart bestraft werden sollen (keine Kavaliersdelikte, Schutz vor Raser, präventive Wirkung, unerwünschte Botschaft, widerspricht Volkswillen).	UR, SO, BL, GPS, SPS, SGB, IG-WAB, AlpenInitiative, VCS, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, SVV, FZL, Vitelli, S.Attia
114.22	Entzugsdauer für Führerausweis soll nicht reduziert werden (neuer Ermessensspielraum genügt, keine kumulierte Strafmilderung).	SSV, SGB, KSSD, SwissCycling, AlpenInitiative, StadtLuzern
114.23	Entzugsdauer für Führerausweisentzug soll nur unter bestimmten Bedingungen reduziert werden können (keine Vorsätzlichkeit, tadelloser Leumund, Nachschulpflicht).	SFV, Velosuisse, RoadCross, KBAV
114.24	Bestehende Formulierung im Gesetz soll zwar überarbeitet werden, Lockerung ist aber falsches Signal.	FussverkehrSchweiz, ProVelo
114.25	Dauer des Führerausweisentzugs von 6 Monaten für Ersttäter und von direkt 5 Jahren für Wiederholungstäter ist nicht verhältnismässig (Art. 16d Abs. 3 lit. b SVG).	AG
114.26	In Art. 16c Abs. 2 lit. a <sup>bis</sup> SVG soll konkretisiert werden, wann der Führerausweis für mindestens 2 Jahre entzogen wird (statt auf "mindestens sechs Monate" festschreiben).	BFU
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
114.30	Für Fahrzeugführer/-innen von Blaulichtorganisationen sollen für dringliche Dienstfahrten Ausnahmeregelungen geschaffen werden (Mindeststrafe, Ermessensspielraum).	BE, LU, UAM
114.31	Wiedereingliederungskurse sind für Täter/-innen effektiver als ein hohes Strafmass.	FREC
114.32	Verkehrspsychologische Untersuchung soll erhalten bleiben.	VfV
114.33	Kontrolltätigkeit der Polizei soll wie bisher weitergeführt werden (präventionsorientiert).	SBV
114.34	Anpassung Art. 16c SVG müsste in jedem Fall auch Anpassung Art. 16d SVG nach sich ziehen.	TI

114.40	Antrag Art. 16c Abs. 2 Bst. a <sup>bis</sup> E-SVG (anpassen): "Nach einer schweren Widerhandlung wird der Lernfahr- oder Führerausweis für mindestens zwei Jahre entzogen, wenn vorsätzlich - ein Mensch durch besonders krasse Missachtung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Sinne von Art. 90 Abs. 4 SVG oder durch ein waghalsiges Überholmanöver der unmittelbaren Gefahr eines tödlichen Unfalls oder eines Unfalls mit schweren Verletzungsfolgen ausgesetzt wurde; - an einem nicht bewilligten Rennen mit Motorfahrzeugen teilgenommen wurde, durch welches ein Mensch der unmittelbaren Gefahr eines tödlichen Unfalls oder eines Unfalls mit schweren Verletzungsfolgen ausgesetzt wurde.	FussverkehrSchweiz, ProVelo, BFU, SBV
114.41	Antrag Art. 17 Abs. 1 und 1 <sup>bis</sup> SVG (ergänzen): "Bei einer leichten oder mittelschweren Widerhandlung kann der auf bestimmte Zeit entzogene Lernfahr- oder Führerausweis wiedererteilt werden, wenn die betroffene Person an einer von der Behörde anerkannten Nachschulung teilgenommen hat. Im Wiederholungsfall nach Artikel 16a Absatz 2 oder 16b Absatz 2 Buchstaben b-f darf die Mindestentzugsdauer nicht unterschritten werden. Bei einer schweren Widerhandlung oder im Wiederholungsfall kann der auf bestimmte Zeit entzogene Lernfahr- oder Führerausweis frühestens drei Monate vor Ablauf der verfügbaren Entzugsdauer wiedererteilt werden, wenn die betroffene Person an einer von der Behörde anerkannten Nachschulung teilgenommen hat. Die Mindestentzugsdauer darf nicht unterschritten werden."	SFV, Velosuisse, KBAV
114.42	Antrag Art. 17 Abs. 1 und 1 <sup>bis</sup> SVG (ergänzen): «Bei einer leichten oder mittelschweren Widerhandlung kann der auf bestimmte Zeit entzogene Lernfahr- oder Führerausweis wiedererteilt werden, wenn die betroffene Person an einer von der Behörde anerkannten Nachschulung teilgenommen hat. Im Wiederholungsfall nach Artikel 16a Absatz 2 oder 16b Absatz 2 Buchstaben b–f darf die Mindestentzugsdauer nicht unterschritten werden. Bei einer schweren Widerhandlung oder im Wiederholungsfall kann der auf bestimmte Zeit entzogene Lernfahr- oder Führerausweis frühestens drei Monate vor Ablauf der verfügbaren Entzugsdauer wiedererteilt werden, wenn die betroffene Person an einer von der Behörde anerkannten Nachschulung teilgenommen hat. Die Mindestentzugsdauer darf nicht unterschritten werden.»	FREC

### 4.3.3.2 Obligatorischer Rückgriff der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherungen

#### Rückgriff Versicherungen (Frage 15)

Sind Sie damit einverstanden, dass nach dem Verursachen eines Schadens durch Fahren in angetrunkenem oder fahruntfähigem Zustand oder durch ein «Raserdelikt» der Versicherer nicht mehr zwingend auf die Fehlbare oder den Fehlbaren Rückgriff nehmen muss?

(Art. 65 Abs. 3 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

#### Zustimmung

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, AR, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, GE, FDP, SVP, SAB, SGV, VK-KKPKS/SVSP, ACS, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, CargoForum, SA-UR, FREC, CentrePatronal, FER, CDS, swisscombi, TPF

115.10	Regresspflicht soll in Regressrecht umgewandelt werden (höhere Akzeptanz von "Via sicura", Täter haben auch so hohe Folgekosten, notwendige Spielräume in der Anwendung).	FDP, TCS, VFAS
115.11	Versicherungen können bzw. sollen bei fehlbarem Verhalten weiterhin Regressrecht nutzen.	VK-KKPKS/SVSP, AutoSchweiz, FMS, CentrePatronal
115.12	Regresspflicht soll erst nach gezielter Schulung und im Wiederholungsfall gelten.	FREC

#### Ablehnung

BS, BL, SH, GLP, SPS, SSV, SGB, ACVS, IG-WAB, SFV, SVI, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, RoadCross, Swisscofel, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SVV, StadtLuzern, KBAV, AmSteuerNie, FZL, Vitelli, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia, U.Arbenz

115.20	Regresspflicht soll erhalten bzw. ausgeweitet werden (Verursacherprinzip erhalten, kein negativer Wettbewerb der Versicherer, präventive Wirkung, keine Verwässerung Raserdelikte, rechtliche Gleichbehandlung).	BS, SPS, SSV, ACVS, SFV, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, RoadCross, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, StadtLuzern, KBAV, AmSteuerNie, S.Attia, U.Arbenz
115.21	Unter bestimmten Bedingungen sollen Ausnahmen für die Regresspflicht möglich sein (geringer Schaden, Schuldeingeständnis, kein Wiederholungstäter).	GLP
115.22	Bestehender Entscheidungsspielraum für Versicherungsgesellschaften ist angemessen.	SVV
115.23	Regress gegenüber fehlbaren Lenkenden soll privatrechtlich zwischen den Vertragsparteien geregelt werden.	Swisscofel

#### Anmerkungen und Anträge

115.40	Antrag Art. 65 Abs. 3 E-SVG (anpassen): Regressobligatorium erweitern auf alle Versicherungsverträge die verkehrsunfallbedingte Schäden abdecken, auf Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit, auf alkoholisiertes Fahren unter den heute geltenden Limiten und auf Verzicht der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse.	BFU
--------	---	-----

### 4.3.3.3 Alkohol-Wegfahrsperren und Datenaufzeichnungsgeräte ("Blackboxen")

#### Datenaufzeichnungsgeräte (Frage 16)

Sind Sie damit einverstanden, die gesetzliche Grundlage für die obligatorische Verwendung von anerkannten Datenaufzeichnungsgeräten («Blackboxen») nach bestimmten Geschwindigkeitsdelikten aufzuheben?

(Art. 17a; insbesondere Abs. 1; Art. 99 Abs. 1 Bst. h-j E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

##### Zustimmung

ZH, BE, UR, SZ, NW, GL, ZG, SO, BS, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, SVP, SAB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KPKS/SVSP, ASA, Privatim, ACS, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, Velosuisse, RoadCross, VfV, CargoForum, KP-OW, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, swisscombi, Vitelli

116.10 Obligatorische Verwendung von Blackboxen soll aufgehoben werden (geringe Wirkung, schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Probleme mit Technik und Datenschutz).

BE, UR, VD, FDP, SVP, Privatim, AutoSchweiz, FMS, TCS, VFAS, VfV, CentrePatronal

##### Ablehnung

LU, OW, FR, BL, SH, GLP, GPS, SPS, SSV, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, AlpenInitiative, VCS, BFU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, UniGE, StadtLuzern, A.Mine, P.Peterhans, S.Attia

116.20 Obligatorische Verwendung von Blackboxen hat sich bewährt (präventive Wirkung, grosse Zustimmung bei Bevölkerung, betrifft nur Hochrisikogruppen, Kostenanteile Verursacher/-innen erhöhen, Folgekosten Unfälle mitberücksichtigen, standardmässiger Einbau in allen Autos).

LU, GLP, GPS, SPS, SSV, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, AlpenInitiative, VCS, BFU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, UniGE, StadtLuzern, S.Attia

##### Anmerkungen und Anträge

116.30 Statt auf repressive Massnahmen (Blackboxen, Wegfahrsperren) sollte vermehrt auf Schulung und Wiedereingliederungskurse gesetzt werden.

SFV, Velosuisse, RoadCross, FREC, KBAV

#### Alkohol-Wegfahrsperren (Frage 17)

Sind Sie damit einverstanden, die gesetzliche Grundlage für die obligatorische Verwendung von Alkohol-Wegfahrsperren nach bestimmten Alkoholdelikten aufzuheben?

(Art. 17a, insbesondere Abs. 2; Art. 99 Abs. 1 Bst. h-j E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

##### Zustimmung

ZH, BE, UR, SZ, NW, GL, ZG, SO, BS, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, SVP, SAB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KPKS/SVSP, ASA, ACS, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, CargoForum, KP-OW, SA-UR, FREC, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, swisscombi

117.10 Obligatorische Verwendung von Alkohol-Wegfahrsperren soll aufgehoben werden (geringe Wirkung, schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis, einfach zu umgehen, zusätzliche Kosten für Verurteilte).

UR, AR, VD, FDP, SVP, VK-KPKS/SVSP



#### Ablehnung

LU, OW, FR, BL, GLP, GPS, SPS, SSV, SFV, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, RoadCross, VfV, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, FS, SBV, SVV, UniGE, StadtLuzern, KBAV, AmSteuerNie, Vitelli, A.Mine, P.Peterhans, S.Attia

- |        |   |  |
|--------|---|--|
| 117.20 | Obligatorische Verwendung von Alkohol-Wegfahrsperren hat sich bewährt (präventive Wirkung, Zustimmung bei Bevölkerung, negative Risiken für Alkoholranke vermindern, Kostenanteile Verursacher/-innen erhöhen, Folgekosten Unfälle mitberücksichtigen). | LU, FR, BL, GLP, GPS, SPS, SSV, FussverkehrSchweiz, SwissCycling, VCS, BFU, VfV, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, FS, SBV, SVV, UniGE, StadtLuzern |
| 117.21 | Alkohol-Wegfahrsperren soll nur als Massnahme für Verkürzung des Fahrausweisentzugs eingesetzt werden (Motivation statt Repression).  | RoadCross, AmSteuerNie   |
| 117.22 | Verwendung von Alkohol-Wegfahrsperren soll als zusätzliche Verschärfung für Alkohol-Delinquente eingesetzt werden (nicht zur Reduktion der Entzugsdauer).   | SFV, Velosuisse, KBAV  |

#### Anmerkungen und Anträge

- |        |  |            |
|--------|--|------------|
| 117.30 | Alkohol-Wegfahrsperren gewährleisten alkoholauffälligen Lenkenden weiterhin Mobilität.   | BFU, UniGE |
| 117.31 | Alkohol-Wegfahrsperren können künftig dank standardisierten Einrichtungen in allen Fahrzeugen einfacher und preiswerter eingebaut werden (ab 2024 in der EU für alle Fahrzeuge vorgesehen).  | BFU        |
| 117.32 | Bevor in Ausnahmefällen das Führen eines Fahrzeugs ohne Datenaufzeichnungsgerät bewilligt werden kann (Art. 17a Abs. 2 neu SVG), soll ein wissenschaftlicher Pilotversuch zu Wirksamkeit und technischen und verfahrenstechnischen Fragen durchgeführt werden (wie in Österreich). | BFU        |
| 117.33 | Statt auf repressive Massnahmen (Blackboxen, Wegfahrsperren) sollte vermehrt auf Schulung und Wiedereingliederungskurse gesetzt werden.  | FREC       |

## 4.4 Weiterer Revisionsbedarf

### 4.4.1 Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot

#### Sonntags- und Nachtfahrverbot (Frage 18)

Sind Sie damit einverstanden, dass ausdrücklich festgehalten wird, dass der Bundesrat die Ausnahmen zum Sonntags- und Nachtfahrverbot festlegen kann?

(Art. 2 Abs. 2 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

#### Zustimmung

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KPKS/SVSP, ASA, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, H2, LRS, SVLT, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, VfV, CargoForum, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, EcoSwiss, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik,

PUSCH, SES, WWF, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare, swisscombi, Post, TPF		
118.10	Sonntags- und Nachtfahrverbot soll nicht aufgeweicht werden (umsichtige, restriktive Handhabung, keine wesentlich höhere Lärmbelastung).	BE, TI, GLP, SPS, ASTAG, AlpenInitiative, VCS, VfV, EcoSwiss, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF
118.11	Ausnahmen sollen durch Bundesrat festgelegt werden (Möglichkeit fehlt bisher, einheitliche Regelung für ganze Schweiz).	BE, UR, FDP, SFV, Velosuisse, EcoSwiss, FREC, KBAV
118.12	Kompetenz des Bundesrates zur Regelung des Sonntags- und Nachtfahrverbots soll auf Gesetzesstufe genauer geregelt werden.	SFV, Velosuisse, AlpenInitiative, FREC, KBAV
118.13	Verkürzung des Nachtfahrverbotes soll für besonders belastete Strecken in Erwägung gezogen werden, um so den morgendlichen Pendlerverkehr zu entlasten (z.B. 22:00-04:00 statt 22:00-05:00).	SFV, FREC, KBAV
118.14	Für Lastwagen mit erneuerbaren und anderen geräuschlosen Antrieben soll es Ausnahmen geben.	GLP
118.15	ATV/Quads sollen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot ausgenommen werden.	MotoSuisse
<b>Ablehnung</b>		
CVP, ACS, VöV, FussverkehrSchweiz, AefU, SBV, Vitelli, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia		
118.20	Ausnahmen sollen nicht durch Bundesrat festgelegt werden können (Verbot wird verwässert, Gefahr zu vieler Ausnahmen, zu grosser Druck von Verbänden und Berufsgruppen).	FussverkehrSchweiz, SBV, Vitelli
118.21	Kompetenzen und Auswirkungen (Lärmemissionen, Gefährdung der Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene) sind nicht genügend geklärt.	AefU, A.Mine
118.22	Ausnahmen sollen nicht durch den Bundesrat, sondern durch die Kantone festgelegt werden können.	CVP
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
118.30	Wer immer Ausnahmen festlegt, sie sollen so restriktiv wie möglich gehandhabt werden.	SGB, Klimaschutz
118.40	Antrag Art. 2 Abs. 2 E-SVG (anpassen): a) Eine Erhöhung bei den Frischetransporten vorangehenden und nachfolgenden Leerfahrten von 30 Minuten auf 60 Minuten, b) Erhöhung für den Anteil der "Nichtfrische-Ware" von 25% auf neu 50%, c) Die bestehenden Regulierungen bezüglich des Transportes leicht verderblicher Lebensmittel (Frischeprodukte) sind in dem Sinne zu lockern, dass bei solchen Nacht- und Sonntagsfahrten bei der Rückfahrt mehrfach verwendbare Verpackungsmittel wie Gebinde, Paletten, Rollbehälter etc. mitnehmen können.	EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare

## 4.4.2 Bauliche Ausgestaltung von Fussgängerstreifen

### Fussgängerstreifen (Frage 19)

Sind Sie damit einverstanden, dass die Verpflichtung des Bundesrates, Vorschriften über die bauliche Ausgestaltung von Fussgängerstreifen zu erlassen, aufgehoben wird?

(Art. 6a Abs. 2 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

#### Zustimmung

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, GE, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, Economiesuisse, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ACS, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, SVI, 2rad, FussverkehrSchweiz, ProVelo, AlpenInitiative, VCS, BFU, VfV, CargoForum, Swisscofel, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, SBV, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, FER, CDS, swisscombi

119.10	Revidierte VSS-Norm deckt bauliche Ausgestaltung von Fussgängerstreifen ausreichend ab.	BE, SZ, BS, FussverkehrSchweiz, BFU, SBV
119.11	Mit einer kantonalen Ansprechperson (gem. Art. 6a Abs. 4 E-SVG) wird der Beurteilung vor Ort besser Rechnung getragen.	LU, UR, FDP, GLP
119.12	Wenn der Trend zu uneinheitlichen Strassenmarkierungen anhält soll der Bund eingreifen (Einheitlichkeit auf Gemeindeebene sicherstellen).	AutoSchweiz, FMS, CentrePatronal
119.13	VSS-Norm SN 640 241 soll als rechtsverbindliche Weisung festgelegt werden.	ZG, AI
119.14	Signalisation von Fussgängerstreifen sollen schweizweit einheitlich ausgestaltet sein (insbesondere in Tempo 30 Zonen).	SVP, MotoSuisse, TCS

#### Ablehnung

IG-WAB, SFV, Velosuisse, RoadCross, AefU, SVV, FREC, KBAV, FZL, Vitelli, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia, U.Arbenz

119.20	Bundesrat soll für (Mindest-)vorschriften verpflichtet bleiben (VSS-Norm ist nicht verbindlich, einheitliche bauliche Ausgestaltung verbessert Verkehrssicherheit, kein kantonaler/kommunaler Wildwuchs).	IG-WAB, SFV, Velosuisse, RoadCross, AefU, SVV, FREC, KBAV, FZL, A.Mine, S.Attia, U.Arbenz
--------	---	---

## 4.4.3 Ausnahmen vom Verbot für Rundstreckenrennen

### Rundstreckenrennen (Frage 20)

Sind Sie damit einverstanden, dass die Kompetenz des Bundesrates, Ausnahmen vom Verbot der Rundstreckenrennen vorzusehen und diese zu bewilligungsfähigen Veranstaltungen zu machen, erweitert wird?

(Art. 52 Abs. 1 und 2 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

#### Zustimmung

BE, LU, UR, SZ, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, GE, JU, FDP, SAB, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ACS, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, 2rad, SwissCycling, Velosuisse, BFU, RoadCross, CargoForum, GastroSuisse, SA-UR, FREC, KBAV, FER, CDS, swisscombi

120.10	Bewilligungen sollen an Auflagen geknüpft werden (Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften, Verkehrssicherheitskampagnen, Verkehrskontrollen gegen Geschwindigkeitsverhalten).	BL, BFU, RoadCross
120.11	Verkehrssicherheit und Umweltvorgaben erlauben heute auch Rennen mit Verbrennungsmotoren (Hybrid, Gas, Wasserstoff).	ASTAG, CDS, swisscombi
120.12	Kantone sollen vor Erlass jeweils angehört werden (Berücksichtigung örtlicher Begebenheiten und Erfahrungen).	BE
120.13	Lockerung des Verbots soll mit der Schaffung geeigneter Infrastrukturen (Rennstrecken) einhergehen.	LU
120.14	Bund soll Rahmenbedingungen vorgeben, auf die sich die Kantone bei der Bewilligung stützen können.	SH
120.15	Verordnungsartikel, der Ausnahmen vorsieht, wird nicht geändert (Formel E bleibt somit das einzige Rundstreckenrennen das derzeit genehmigt werden kann).	TI
120.16	Verbot für Rundstreckenrennen soll komplett aufgehoben werden (Innovationsförderung am Standort Schweiz).	FDP, ACS
<b>Ablehnung</b>		
OW, BL, GLP, SPS, SVP, SSV, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, FussverkehrSchweiz, AlpenInitiative, VCS, VfV, Swisscofel, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, Lärmliga, PUSCH, SES, WWF, SBV, CentrePatronal, FZL, Vitelli, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia, U.Arbenz		
120.20	Unabhängig von der Antriebsart sollen keine Rundstreckenrennen bewilligt werden (verursachen Emissionen, CO2-Ausstoss, Lärm, Einschränkung des öffentlichen Lebens bei Stadtrennen, Werbung für hohe Geschwindigkeit und starke Motoren, benötigt Beiträge der öffentlichen Hand).	SPS, FussverkehrSchweiz, AlpenInitiative, VCS, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, Lärmliga, PUSCH, SES, WWF, SBV, Vitelli, U.Arbenz
120.21	Verbot für Rundstreckenrennen soll komplett aufgehoben werden (Technologieutralität, Sicherheit ist heute gewährleistet), die Bewilligungskompetenz soll bei den Kantonen liegen.	SVP, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, CentrePatronal
120.22	Rundstreckenrennen sind aus Sicht der Verkehrssicherheit problematisch.	IG-WAB, VfV, FZL
120.23	Verbot motorisierter Rennen (mit fossilen Treibstoffen) soll grundsätzlich erhalten werden, für Rennen mit erneuerbaren Energien sollen aber Ausnahmen möglich sein.	GLP
120.24	Betroffenen Städte und Gemeinden sollen vor Ausstellung der Bewilligung durch die Kantone angehört werden.	SSV
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
120.40	Unabhängig von der Antriebsart sollen keine Rundstreckenrennen bewilligt werden (verursachen Emissionen, CO2-Ausstoss, Lärm, Einschränkung des öffentlichen Lebens bei Stadtrennen, Werbung für hohe Geschwindigkeit und starke Motoren, benötigt Beiträge der öffentlichen Hand).	BFU
120.41	Antrag Art. 52 Abs. 2 E-SVG (ergänzen): "Andere motor- und radsportliche Veranstaltungen auf öffentlichen Strassen, ausgenommen Ausflugsfahrten,	SSV

sowie vom Verbot ausgenommene Rundstreckenrennen bedürfen der Bewilligung der Kantone, deren Gebiet befahren wird. Die Kantone konsultieren vorgängig die betroffenen Städte und Gemeinden."

#### 4.4.4 Strafrechtliche Sanktionen bei Widerhandlungen mit Fahrzeugen von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit

##### Fahrzeuge von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit (Frage 21)

Sind Sie damit einverstanden, dass als Strafe für Widerhandlungen mit Motorfahrzeugen von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit grundsätzlich nur noch eine «Busse» (bis 10'000 CHF) und nicht mehr eine «Geldstrafe oder Freiheitsstrafe» ausgesprochen werden darf?

(Art. 99a E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

##### Zustimmung

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, NE, GE, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, SGV, ACVS, KSSD, VK-KPKS/SVSP, ACS, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, TCS, VFAS, ASTAG, SVLT, 2rad, ProVelo, Velosuisse, BFU, VfV, CargoForum, Swisscofel, ASMAS, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Futuricum, Kyburz, swisscombi, 47GradNord, BikeFactory, Dynamot, Erlebnismacher, Fahradies, Fateba, Flyer, Herzroute, m-way, OutdoorPublishing, Pedale, Pedalerie, Primebike, RandenBike, RieseMüller, Specialized, Sputnik, StromveloCH, StromveloRP, TDS, Topaz, Unterwegs, Velociped, VeloLukas, Veloteria, VeloUeli, Velove, Vitelli, Welowerk

- |        |   |  |
|--------|---|--|
| 121.10 | Heutige Bestimmung ist unverhältnismässig streng (Gefahrenpotential ist gering) und behandelt Velos und E-Bikes unterschiedlich.  | SZ, BL, GR, SVP, ACVS, KSSD, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, BFU, ASMAS, KP-OW, CentrePatronal, 47GradNord, Dynamot, Erlebnismacher, Fahradies, Fateba, Flyer, Herzroute, m-way, OutdoorPublishing, Pedale, Pedalerie, Primebike, RandenBike, RieseMüller, Sputnik, StromveloCH, StromveloRP, TDS, Topaz, Unterwegs, Velociped, VeloLukas, Veloteria, VeloUeli, Velove, Vitelli, Welowerk |
| 121.11 | Kategorie "Motorfahrzeuge von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit" soll genauer definiert werden (Verordnungen, Abgleich mit Signalisationsverordnung SR 741.21, Tatbestand bei Motorfahrrädern, SVG Art. 91). | BE, LU, NW, GE, SA-UR  |
| 121.12 | Unabhängig vom Fahrzeug soll gleiches Fehlverhalten für alle Verkehrsteilnehmende gleich geahndet und bestraft werden.  | SVP  |
| 121.13 | Bei mittelschweren und schweren oder vorsätzlichen Vergehen soll die Mindeststrafe 10'000 CHF betragen.   | GLP  |

<b>Ablehnung</b>		
BS, FDP, SFV, FussverkehrSchweiz, RoadCross, Klimaschutz, SBV, SVV, FREC, KBAV, A.Mine, G.Fellay, P.Peterhans, S.Attia, U.Arbenz		
121.20	Unabhängig vom Fahrzeug soll gleiches Fehlverhalten für alle Verkehrsteilnehmende gleich geahndet und bestraft werden.	FDP, SFV, RoadCross, SVV, FREC, KBAV
121.21	Auch Fahrzeuge geringer Motorkraft können gefährliche Situationen schaffen (v.a. für Fussgänger/-innen, Menschen mit Seheinschränkung).	FussverkehrSchweiz, SBV, U.Arbenz
121.22	Kategorie "Motorfahrzeuge von geringer Motorkraft oder Geschwindigkeit" soll genauer definiert werden (Aufzählung der betroffenen Fahrzeuge oder mit gängigen Begriffen des Strassenverkehrsrechts ersetzen wie z.B. "Motorfahrrad", "Motoreinachser").	BS
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
121.41	Antrag Art. 90 Abs. 2 und Art. 93 Abs. 1 SVG (anpassen): Aussage «grundsätzlich nur noch eine Busse [...] ausgesprochen werden darf» ist falsch, da mit solchen Fahrzeugen weiterhin Widerhandlungen begangen werden können, die als Vergehen geahndet werden sollten.	BS

#### 4.4.5 Ermächtigung des Bundesamtes für Strassen ASTRA, im Einzelfall Ausnahmen von einzelnen Verordnungsbestimmungen zu verfügen

##### Ermächtigung ASTRA (Frage 22)

Sind Sie damit einverstanden, dass der Bundesrat das ASTRA auf dem Verordnungsweg ermächtigen kann, in besonderen Fällen Ausnahmen von einzelnen Verordnungsbestimmungen zu bewilligen?  
(Art. 106 Abs. 2<sup>bis</sup> E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
ZH, BE, LU, UR, OW, ZG, FR, SO, SH, AR, AI, GR, AG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, GLP, SPS, SVP, SSV, SGV, ACVS, KSSD, VK-KKPKS/SVSP, ARVAG, ASA, AutoSchweiz, FMS, MotoSuisse, TCS, VFAS, ASTAG, H2, LRS, SVLT, FussverkehrSchweiz, AlpenInitiative, VCS, BFU, CargoForum, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Swisscofel, ASMAS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, SVV, StadtLuzern, CentrePatronal, FER, CDS, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, Kyburz, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare, swisscombi, Post, TPF, 47GradNord, BikeFactory, Dynamot, Erlebnismacher, Fahrradies, Fateba, Flyer, Herzroute, m-way, OutdoorPublishing, Pedale, Pedalerie, Primebike, RandenBike, RieseMüller, Specialized, Sputnik, StromveloCH, StromveloRP, TDS, Topaz, Unterwegs, Velociped, VeloLukas, Veloteria, VeloUeli, Velove, Vitelli, Welowerk, G.Fellay		
122.10	ASTRA soll rasch und flexibel reagieren können (in speziellen Situationen, bei neuen Fahrzeug-Technologien).	FDP, MotoSuisse, BFU, ASMAS, 47GradNord, BikeFactory, Dynamot, Erlebnismacher, Fahrradies, Fateba, Flyer, Herzroute, m-way, OutdoorPublishing, Pedale, Pedalerie, Primebike, RandenBike, RieseMüller, Specialized, Sputnik, StromveloCH, StromveloRP, TDS, Topaz, Unterwegs, Velociped,

		VeloLukas, Veloteria, VeloUeli, Velove, Vitelli, Welowerk
122.11	Grundlegende Fragestellungen (Verfügung mit Präjudiz) sollen per ordentlichem Verfahren erfolgen und Betroffene (z.B. Verbände, Branchen) immer einbezogen und angehört werden.	FR, SH, H2, FussverkehrSchweiz, EspaceMobilité, IG- Detailhandel, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, M, M- Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M- Zürich, Pfister, railCare
122.12	Vorgängig soll geklärt bzw. definiert werden, was unter "besonderen Fällen" verstanden wird (auf Gesetzesstufe).	TCS, SVV
122.13	Komplexität der Regelungen wird erhöht (insbesondere in Bereichen, die in der Kompetenz der Kantone liegen).	GE
<b>Ablehnung</b>		
SZ, NW, GL, BS, BL, SG, TG, SAB, ACS, IG-WAB, SFV, 2rad, Velosuisse, RoadCross, AefU, SA-UR, FREC, KBAV, AmSteuerNie, FZL, A.Mine, P.Peterhans, S.Attia, U.Arbenz		
122.20	Vorgängig soll geklärt bzw. definiert werden, was unter "besonderen Fällen" verstanden wird (auf Gesetzesstufe).	IG-WAB, SFV, Velosuisse, RoadCross, FREC, KBAV, FZL
122.21	Es ist nicht ersichtlich, wozu und aus welchem Grund das ASTRA diese Kompetenz braucht.	SZ, NW, GL, BS, SG, TG, SA-UR, U.Arbenz
122.22	Gleichberechtigte Berücksichtigung der Verkehrsteilnehmenden ist nicht sichergestellt (ASTRA hat primär Perspektive MIV und Güterverkehr; ÖV, Velo- und Fussverkehr sind so benachteiligt).	AefU

#### 4.4.6 Ermächtigung des Bundesrates zum Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen

##### Verträge mit anderen Staaten (Frage 23)

Sind Sie damit einverstanden, dass der Bundesrat mit anderen Staaten (z.B. UK) ähnliche Verträge wie mit dem Fürstentum Liechtenstein abschliessen kann?

(Art. 106a Abs. 1 E-SVG)

Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

##### Zustimmung

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, GLP, SPS, SAB, SSV, Economiesuisse, SGB, SGV, ACVS, KSSD, ASA, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, TCS, VFAS, ASTAG, H2, LRS, SVLT, 2rad, FussverkehrSchweiz, AlpenInitiative, VCS, BFU, CargoForum, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Swisscofel, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimastreik, PUSCH, SES, WWF, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, Kyburz, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare, swisscombi, TPG, Vitelli, G.Fellay

123.10	Vorschriften für den internationalen Güterverkehr sollen möglichst vereinfacht und harmonisiert sein (keine Ungleichbehandlung zwischen in- und ausländischen Transportunternehmen).	H2, EspaceMobilité, IG-Detailhandel, Coop, CoopMineraloel, H2Energy, Hyundai, M, M-Basel, Micarna, M-Luzern, M-NE-FR, M-Neuendorf, M-Ostschweiz, M-Suhr, M-Zürich, Pfister, railCare
123.11	Mitwirkung in internationalen Gremien soll weitergeführt werden (auf gute, der Verkehrssicherheit dienende Lösungen hinwirken).	BFU
123.12	Parlament soll Verträge im Einzelfall per Veto ablehnen können.	GLP
123.13	Prozess für die Aushandlung und Verabschiedung von internationalen Verträgen technischer Natur wird beschleunigt.	FDP, AutoSchweiz, FMS, CentrePatronal
123.14	Bundesrat soll grenzüberschreitende Testprojekte unterstützen (z. B. autonome Shuttlebusse beidseits der Landesgrenzen).	TPG
<b>Ablehnung</b>		
SVP, ACS, A.Mine, P.Peterhans		
123.20	Bundesrat soll völkerrechtliche Verträge mit erheblicher Tragweite weiterhin der Bundesversammlung vorlegen.	SVP
123.21	Fahrten von automatisierten Fahrzeugen sollen ausgeschlossen werden.	A.Mine

### Internationale Abkommen (Frage 24)

Sind Sie damit einverstanden, dass der Bundesrat Änderungen an bestimmten, im SVG aufgelisteten, internationalen Abkommen genehmigen oder vorschlagen sowie völkerrechtliche Verträge über den grenzüberschreitenden Motorfahrzeugverkehr abschliessen kann? Die Abschlusskompetenz umfasst Regelungsgegenstände, die der Bundesrat auf Verordnungsebene (national) selbst regeln darf.  
(Art. 106a Abs. 2 E-SVG)

### Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU, FDP, GLP, SPS, SAB, SSV, Economiesuisse, SGV, ACVS, KSSD, ASA, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, SFV, TCS, VFAS, ASTAG, LRS, SVLT, 2rad, FussverkehrSchweiz, Velosuisse, BFU, CargoForum, Swisscofel, SVV, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Kyburz, swisscombi, Post, PostAuto, TPG, Vitelli, G.Fellay, U.Arbenz		
124.10	Ermächtigung soll nicht für die Liberalisierung von automatisierten Fahrzeugen genutzt werden können.	SFV, Velosuisse, KBAV
124.11	Kabotageverbot (Transportfahrten innerhalb der Schweiz nur mit in der Schweiz registrierten Fahrzeugen) ist im Zusammenhang mit dem Landverkehrsabkommen äusserst wichtig und soll für den Bundesrat nicht verhandelbar sein.	ASTAG, CDS, swisscombi
124.12	Parlament soll Verträge im Einzelfall per Veto ablehnen können.	GLP
124.13	Prozess für die Aushandlung und Verabschiedung von internationalen Verträgen technischer Natur wird beschleunigt.	FDP, AutoSchweiz, FMS, CentrePatronal



124.14	Bundesrat soll grenzüberschreitende Testprojekte unterstützen (z. B. autonome Shuttlebusse beidseits der Landesgrenzen).	TPG
<b>Ablehnung</b>		
SVP, ACS, A.Mine, P.Peterhans		
124.20	Bundesrat soll völkerrechtliche Verträge mit erheblicher Tragweite weiterhin der Bundesversammlung vorlegen.	SVP
<b>Anmerkungen und Anträge</b>		
124.40	Antrag Art. 106a Abs. 4 E-SVG (streichen).	ASTAG, CDS, swisscombi

#### 4.4.7 Ausdehnung der Halterhaftung für Ordnungsbussen auf juristische Personen (Änderung des Ordnungsbussengesetzes vom 18. März 2016)

##### Halterhaftung juristische Personen (Frage 25)

Sind Sie damit einverstanden, dass die Halterhaftung für Ordnungsbussen auf juristische Personen ausgedehnt wird?

(Art. 7 Abs. 1 E-OBG)

##### Beurteilung, Bemerkungen und Anträge

<b>Zustimmung</b>		
ZH, BE, LU, UR, SZ, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, NE, GE, JU, FDP, GLP, SPS, SVP, SAB, SSV, SGB, ACVS, KSSD, VK-KPKS/SVSP, AutoSchweiz, FMS, IG-WAB, MotoSuisse, SFV, TCS, ASTAG, LRS, SVLT, SVI, 2rad, FussverkehrSchweiz, Velosuisse, AlpenInitiative, VCS, BFU, RoadCross, VfV, CargoForum, ASMAS, Greenpeace, Klima-Allianz, Klimaschutz, Klimastreik, PUSCH, WWF, SBV, SVV, StadtLuzern, KP-OW, SA-UR, FREC, KBAV, CentrePatronal, FER, FZL, CDS, Futuricum, swisscombi, TPF, 47GradNord, BikeFactory, Dynamot, Erlebnismacher, Fahrradies, Fateba, Flyer, Herzroute, m-way, OutdoorPublishing, Pedale, Pedalerie, Primebike, RandenBike, RieseMüller, Specialized, Sputnik, StromveloCH, StromveloRP, TDS, Topaz, Unterwegs, Velociped, VeloLukas, Veloteria, VeloUeli, Velove, Vitelli, Welowerk, G.Fellay, S.Attia, U.Arbenz		
125.10	Ausdehnung auf juristische Personen schliesst eine bestehende Lücke (einfachere Verfolgung von Ordnungsbussendelikten, Delikte mit Firmenfahrzeugen können geahndet werden, Entlastung Polizeikorps, soll rasch umgesetzt werden).	BE, LU, SZ, NW, GL, SH, AR, FDP, SSV, ACVS, KSSD, AutoSchweiz, FMS, BFU, CentrePatronal, U.Arbenz
125.11	Ausdehnung der Halterhaftung ermöglicht Unternehmen eine transparente Bearbeitung von Ordnungsbussen.	ASMAS, Futuricum, 47GradNord, BikeFactory, Dynamot, Erlebnismacher, Fahrradies, Fateba, Flyer, Herzroute, m-way, OutdoorPublishing, Pedale, Pedalerie, Primebike, RandenBike, RieseMüller, Specialized, Sputnik, StromveloCH, StromveloRP, TDS, Topaz, Unterwegs, Velociped, VeloLukas, Veloteria,

		VeloUeli, Velove, Vitelli, Welowerk
125.12	Ausdehnung schafft Gleichbehandlung bei Ordnungswidrigkeiten.	UR, BS, GE, MotoSuisse, TCS
125.13	Ausdehnung auf Fahrzeuge ohne Nummernschild soll geprüft werden.	FussverkehrSchweiz, SBV
125.14	Ausdehnung der Halterhaftung wird als weniger problematisch erachtet als die früher eingeführte Halterhaftung für natürliche Personen.	SO
125.15	Zusätzlich soll im OBG die Namensnennung der die Ordnungsbusse ausstellenden Person abgeschafft und durch anderweitige Identifikationsmittel (Kürzel, Sachbearbeiter-Nummer) ersetzt werden.	ACVS

#### Ablehnung

OW, CVP, SGV, ACS, VFAS, Swisscofel, A.Mine, P.Peterhans

125.20	Ermittlung, wer zum Zeitpunkt der Widerhandlung das Fahrzeug lenkte, soll Aufgabe der zuständigen Strafverfolgungsbehörden sein (Ausdehnung führt zu unverhältnismässigen administrativen Aufwand und zu Rechtsunsicherheit für die betroffenen Unternehmen).	CVP
125.21	Bei (teil-)automatisierten Systemen sollen Produzenten und Mitarbeitende von Fahrzeugen, Systemen und Infrastruktur haften.	A.Mine

#### Anmerkungen und Anträge

125.40	Antrag Art 7. Abst. 1 E-OBG (ergänzen): "1 Wird der Fahrzeugführer nicht anlässlich der Widerhandlung gegen das SVG19, die gestützt darauf erlassenen Verordnungen oder das NSAG20 angetroffen oder angehalten, so wird die Busse der im Fahrzeugausweis als Fahrzeughalter eingetragenen natürlichen oder juristischen Person auferlegt. Bei Fahrzeugen ohne Nummernschild und Fahrzeugausweis, kann die Busse auch dem Halter ausgestellt werden, wenn dieser eruier bar ist."	FussverkehrSchweiz
--------	--	--------------------

## 5 Zusätzliche Bemerkungen und Anträge

Zusätzlich zu den Anmerkungen zu den Fragen im «Teilrevision Gesetze» wurden 124 Anmerkungen und Anregungen eingebracht, die zwar eine thematische Ähnlichkeit zur vorliegenden Vernehmlassung aufweisen, im Fragbogen jedoch nicht explizit thematisiert werden. Diese zusätzlichen Anmerkungen sind zu 28 «zentralen Aussagen» zusammengefasst.

#### Nachschulung, Weiterbildung, Ansprechperson, Bussen

300.10	<b>Nachschulobligatorium aufheben</b> Nachschulungsobligatorium soll aus SVG gestrichen werden (Kosten-Nutzen nicht gegeben, Kapazitätsengpässe, nicht umsetzbar, Kostenabwälzung auf bereits gebeutelte Verurteilte).	ZH, LU, UR, SZ, GL, SO, SH, AR, AI, GR, TG, TI, VS, JU, ASA
300.11	<b>Nachschulobligatorium erhalten</b> Nachschulungsobligatorium soll nicht aus SVG gestrichen werden (guter Nutzwert durch direkte Beeinflussung, Reflektion des eigenen Verhaltens)	VCS, BFU, Greenpeace, PUSCH, SES, WWF, BlauesKreuz, FS,

	statt Infoveranstaltung, ressourcenschonende und zentralisierte Organisation, bei Bedarf Unterstützung durch Fachverband Sucht).	SuchtSchweiz, AGS, AmSteuerNie, BernerGesundheit, BZBplus, FSKZ, PTG
300.12	<b>Obligatorische Weiterbildung ab 70</b> Für alle Personen im Alter zwischen 70 und 72 Jahren Verordnungsstufe soll ein obligatorischer WAB-Kurs vorgeschrieben sein (ohne Rückwirkung, veränderte Technik, Nutzung Fahrassistenzsysteme).	SFV, KBAV
300.13	<b>Leistungsbegrenzung für Lernfahrten</b> Für die Kategorie B soll eine Leistungsbegrenzung für alle Lernfahrten sowie eine Leistungsbegrenzung während der Probezeit auf Fahrzeuge mit einer Leistung bis 150 KW (oder 200 PS) eingeführt werden.	FZL
300.14	<b>Sicherheit durch Wissen und Können</b> Antrag Art. 15 Abs. 5 SVG (anpassen): "Der Bundesrat kann Vorschriften über die Weiterbildung der Motorfahrzeugführer erlassen" („berufsmässig“ gestrichen).	SFV, KBAV, FZL
300.15	<b>Anwendung von Geldstrafen</b> Antrag Art. 90 Abs. 1 SVG (anpassen): "Mit Busse wird bestraft, wer Verkehrsregeln dieses Gesetzes oder der Vollziehungsvorschriften des Bundesrates verletzt. Die Bussen sind zweckgebunden für die Verkehrssicherheit einzusetzen."	SFV, KBAV
300.16	<b>Ansprechperson Verkehrssicherheit</b> Antrag Art. 6a Abs. 4 E-SVG (anpassen): «[d]er Bund und jeder Kanton ernennen eine Ansprechperson für die Belange der Sicherheit der Strasseninfrastruktur (Sicherheitsbeauftragter).»	FR
<b>Tempo 30</b>		
300.20	<b>Tempo 30</b> Einführung von Tempo 30 soll vereinfacht bzw. Innerorts generell eingeführt werden.	SPS, SwissCycling, VCS, BFU, AefU, Greenpeace, Klima-Allianz, PUSCH, SES, WWF, StadtBern, RdA
<b>Lärm, Fahrzeuge</b>		
300.30	<b>Lärmbekämpfung</b> Zur Lärmbekämpfung durch manipulierte Abgassysteme sollen gesetzliche Regelungen und Massnahmen eingeführt werden.	ZH, BE, OW, BS, GR, VS, SSV, ACVS, KSSD, StadtBern, StadtLuzern, KP-OW
300.31	<b>Lärmmessung</b> Antrag Art. 53 Abs. 5 E-VTS (neuer Absatz): "Neben den Werten der Vorbeifahrtmessung sind auch die Werte der Standmessung einzuhalten."	BS
300.35	<b>Differenzierte Behandlung von Fahrzeugen</b> Für eine differenzierte Behandlung von Fahrzeugen in den Städten (Errichten von Umweltzonen, Zufahrtsbeschränkungen, Fahrspuren oder Parkplätze bestimmten Fahrzeugen vorbehalten) sollen gesetzliche Regelungen eingeführt werden.	StadtLuzern
300.36	<b>Totwinkel-Assistenten</b> Für schwere Motorwagen (Lastwagen, Reisecars etc.) sollen Totwinkel-Assistenten (Abbiegeassistenten) eingeführt werden.	SSV

300.37	<b>Landwirtschaftliche Fahrzeuge bis 40 km/h</b>	KP-OW
	Landwirtschaftliche Fahrzeuge bis 40 km/h sollen bezüglich Fahrberechtigung und Verwendung gleichgestellt werden (nicht mehr zeitgemäss, auch Anhänger an Motorkarren immatrikulieren).	
<b>Ausnahmetransportbegleiter (ATB)</b>		
300.40	<b>Private Ausnahmetransportbegleiter (ATB)</b>	ZH, BS, GR, ACVS, KSSD
	Es soll eine Kompetenznorm geschaffen werden, damit der Bundesrat mittels Verordnung eine schweizweit gültige Regelung für private Ausnahmetransportbegleiter (ATB) einführen kann.	
<b>Datenabfrage, Alkoholausschank Raststätten, Warnweste, Ausweise, Raserdelikte Ausland</b>		
300.50	<b>Personendatenabfrage für Administrativ-, Straf- und Ordnungsbussenverfahren</b>	ZH, LU, UR, SZ, OW, GL, BS, SH, AR, AI, GR, TG, VD, VS, JU, ACVS, KSSD, ASA, KP-OW
	Antrag Art. 89b Bst. b und Art. 89g Abs. 4 und Abs. 6 SVG (anpassen):	
	Deutsch:	
	Art. 89b Bst. b "Durchführung von Administrativ- und Strafverfahren sowie Ordnungsbussenverfahren gegen Fahrzeugführer im Strassenverkehr." Art. 89g Abs. 4 "Die kantonalen Verkehrszulassungsbehörden dürfen der Polizei zur Durchführung von Straf- und Ordnungsbussenverfahren die Fahrberechtigungs-, die Halter- und die Fahrzeugdaten bekanntgeben. Sie dürfen der Polizei zudem die Personalien von Personen melden, denen der Lernfahr- oder Führerausweis wegen fehlender Fahreignung auf unbestimmte Zeit oder wegen Zweifeln an der Fahreignung vorsorglich entzogen wurde."	
	Art. 89g Abs. 6 "Das ASTRA und die kantonalen Verkehrszulassungsbehörden können Personen nach Absatz 3 sowie Stellen, die Zugriff im Abrufverfahren haben (Art. 89e), Sammelauszüge ausstellen."	
	Französisch:	
	Art. 89b Bst. b : «Exécution de procédures administratives et pénales ainsi que de procédures d’amendes d’ordre contre des conducteurs.» Art. 89g al. 4 LCR: «Les autorités cantonales d’admission à la circulation peuvent communiquer à la police les données d’autorisation de conduire, les données de détenteurs et les données de véhicules en vue de l’exécution de procédures pénales et d’amendes d’ordre. Elles peuvent aussi communiquer à la police les données personnelles des conducteurs qui se sont vu retirer leur permis d’élève conducteur ou leur permis de conduire pour une durée indéterminée en raison d’une inaptitude à la conduite ou à titre préventif, jusqu’à détermination de l’aptitude à la conduite en cas de doutes sur celle-ci sur celle-ci.»	
	Art. 89g al. 6 LCR: L 'OFROU et les autorités cantonales d'admission à la circulation peuvent délivrer des extraits globaux aux personnes visées à l'al. 3 et aux services ayant accès aux données en ligne. (Art. 89e).	
300.51	<b>Alkoholausschank und -verkauf auf Autobahnraststätten</b>	RoadCross, AmSteuerNie
	Alkoholausschank und -verkauf auf Autobahnraststätten soll verboten werden.	
300.52	<b>Warnwestenpflicht</b>	RoadCross
	Es soll eine Warnwestenpflicht eingeführt werden (eine Warnweste pro Sitzplatz).	
300.53	<b>Missbrauch von Ausweisen und Schildern</b>	BE

	Missbrauch von Ausweisen und Schildern (Art. 97 Abs. 1 lit. b SVG) soll als Übertretungstatbestand ausgestaltet werden.	
300.54	<b>Dauer Ausweisenzug</b> Antrag Art. 16c Abs. 3 SVG (streichen).	SO
300.55	<b>Raserdelikte im Ausland</b> Antrag Art. 16c <sup>bis</sup> SVG: Ergänzen mit einem neuen Absatz, der bestimmt, dass Absatz 2 bei Raserdelikten im Ausland keine Anwendung findet.	SO
<b>EU-Konformität</b>		
300.60	<b>EU-Konformität der Vorschriften</b>  Alle im Revisionsvorschlag beinhalteten Bestimmungen hinsichtlich der Fahrzeug- und Führerzulassung sollen mit den EU-Vorschriften harmonisiert sein.	BE, GR, VD, GE
<b>Technologie, Nachhaltigkeit, Infrastruktur, Beschäftigte, kollektive Nutzung</b>		
300.70	<b>Technologieneutralität</b> Anpassungen bei automatischen Fahrzeugen sollen technologieneutral sein.	VFAS, ASTAG, CargoForum, swisscombi
300.71	<b>Nachhaltige Treibstoffformen</b> Es sollen nur nachhaltige Treibstoffformen gefördert werden, welche über die gesamte Emissions- und Kreislaufkette signifikant ärmer an Treibhausgasemissionen sind als fossile Antriebe (fossiles Erdgas, Wasserstoff aus fossiler Stromquelle).	ÖkostromSchweiz
300.75	<b>Infrastruktur</b> Erfolgreiche Markteinführung von automatisierten Fahrzeugen bedingt eine leistungsfähige Infrastruktur (5G-Mobilfunknetze, dichtes Netz von Schnellladestationen, diskriminierungsfreier Zugang zu Ladestationen).	TCS, VFAS
300.76	<b>Beschäftigte der Mobilitäts- und Transportbranche</b> Beschäftigte der Mobilitäts- und Transportbranche sollen in der sich verändernden Arbeitswelt unterstützt werden (neue Berufe, Beschäftigungsmöglichkeiten, gute Arbeitsbedingungen).	SGB
300.77	<b>Kollektive Nutzung selbstfahrender Fahrzeuge</b> Automatisierte Mobilität soll von Anfang an konsequent auf die kollektive Nutzung von selbstfahrenden Fahrzeugen ausgerichtet werden.	LITRA
<b>Berufs- und nichtberufsmässiger Personentransport</b>		
300.80	<b>Berufs- und nichtberufsmässiger Personentransport gleichstellen</b> Unterscheidung zwischen berufsmässigem und nicht-berufsmässigem Personentransport (Motionen 16.3066, 16.3068 und 17.3924) soll aufgehoben werden (kann mit Arbeitnehmer- und dem Konsumentenschutz vereinbart werden, dynamisiert den Mobilitätsmarkt).	FDP, GLP, Economiesuisse, SGV, VFAS, SwissEMobility, DigitalSwitzerland, Swico, Uber
300.81	<b>Berufs- und nichtberufsmässiger Personentransport unterscheiden</b> ARV 2 Verordnung für den berufsmässigen Personentransport bzw. das Taxigewerbe (Motion 16.3066) soll nicht aufgehoben werden.	SGB

## Anhang: Teilnehmende der Vernehmlassung

Abkürzung	Bezeichnung	Thema	FB G
<b>Kantone</b>			
ZH	Kanton Zürich	11	x
BE	Kanton Bern	11	x
LU	Kanton Luzern	11	x
UR	Kanton Uri	11	x
SZ	Kanton Schwyz	11	x
OW	Kanton Obwalden	11	x
NW	Kanton Nidwalden	11	x
GL	Kanton Glarus	11	x
ZG	Kanton Zug	11	x
FR	Kanton Freiburg	11	x
SO	Kanton Solothurn	11	x
BS	Kanton Basel-Stadt	11	x
BL	Kanton Basel-Landschaft	11	x
SH	Kanton Schaffhausen	11	x
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden	11	x
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden	11	x
SG	Kanton St. Gallen	11	x
GR	Kanton Graubünden	11	x
AG	Kanton Aargau	11	x
TG	Kanton Thurgau	11	x
TI	Kanton Tessin	11	x
VD	Kanton Waadt	11	x
VS	Kanton Wallis	11	x
NE	Kanton Neuenburg	11	x
GE	Kanton Genf	11	x
JU	Kanton Jura	11	x
<b>In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien</b>			
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei	21	
FDP	FDP. Die Liberalen	21	
GLP	Grünliberale Partei	21	x
GPS	Grüne Partei der Schweiz	21	
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz	21	x
SVP	Schweizerische Volkspartei	21	
<b>Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete</b>			
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	12	x
SSV	Schweizerischer Städteverband	12	x
<b>Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft</b>			
Economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen	41	x
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	41	x
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband	41	x
<b>Interkantonale Organisationen</b>			
ACVS	Arbeitsgemeinschaft der Chefs der Verkehrspolizeien der Schweiz und des Fürstentums Liechtensteins	13	x
KSSD	Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren der Schweiz	13	x
VK-KPKS/SVSP	Verkehrskommission der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz und der Schweizerischen Vereinigung Städtischer Polizeichefs	13	x
ARVAG	Interkantonale Vereinigung für den ARV-Vollzug	14	x

Abkürzung	Bezeichnung	Thema	FB G
ASA	Vereinigung der Strassenverkehrsämter	14	x
Privatim	Konferenz der schweizerischen Datenschutzbeauftragten	14	
<b>Gesamtschweizerische Verbände Verkehr / Mobilität</b>			
ACS	Automobilclub der Schweiz	31	x
AutoSchweiz	Vereinigung Schweizer Automobilimporteure	31	x
FMS	Föderation der Motorradfahrer der Schweiz	31	x
IG-WAB	Interessengemeinschaft der WAB- Anbieter Schweiz	31	x
MotoSuisse	Vereinigung der Schweizer Motorrad- und Rollerimporteure	31	x
SFV	Schweizerischer Fahrlehrerverband	31	x
TCS	Touring Club Schweiz	31	x
VFAS	Verband freier Autohandel Schweiz	31	x
ASTAG	Schweizerischer Nutzfahrzeugverband	32	x
H2	Förderverein H2 Mobilität Schweiz	32	x
LRS	Les Routiers Suisses	32	x
SLV	Schweizerischer Landmaschinen-Verband	32	
SVLT	Schweizerischer Verband für Landtechnik	32	x
SVI	Schweizerische Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten	41	x
DriveSwitzerland	Verein Drive Switzerland	51	x
LITRA	Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr	51	
VöV	Verband öffentlicher Verkehr	51	x
2rad	2rad Schweiz	52	x
FussverkehrSchweiz	Fussverkehr Schweiz	52	x
ProVelo	Pro Velo Schweiz	52	x
SwissCycling	Swiss Cycling	52	x
Velosuisse	Verband der Schweizer Fahrradlieferanten	52	x
AlpenInitiative	Alpen-Initiative	61	x
SwissEMobility	Swiss eMobility	61	
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz	61	x
BFU	Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung	71	x
RoadCross	Stiftung für Verkehrssicherheit	71	x
VfV	Schweizerische Vereinigung für Verkehrspsychologie	71	x
<b>Übrige gesamtschweizerische Verbände</b>			
CargoForum	Cargo Forum Schweiz	32	x
EspaceMobilité	espace.mobilité	32	x
IG-Detailhandel	IG Detailhandel	32	x
Swisscofel	Verband Schweizer Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandel	32	x
DigitalSwitzerland	digitalswitzerland	41	
EcoSwiss	Schweizerische Organisation der Wirtschaft für Umweltschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	41	x
GastroSuisse	GastroSuisse	41	
Swico	Wirtschaftsverband der ICT- und Online-Branche	41	
ASMAS	Verband Sportfachhandel Schweiz	52	x
AefU	Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz	61	x
Greenpeace	Greenpeace	61	x
Klima-Allianz	Klima-Allianz Schweiz	61	x
Klimaschutz	Verein Klimaschutz Schweiz	61	x
Klimastreik	Klimastreik Schweiz	61	x
Lärmliga	Lärmliga Schweiz	61	
ÖkostromSchweiz	Fachverband landwirtschaftliches Biogas	61	
PUSCH	Praktischer Umweltschutz	61	x
SES	Schweizerische Energie-Stiftung	61	x
WWF	World Wide Fund for Nature Schweiz	61	x
BlauesKreuz	Blaues Kreuz Schweiz	71	

Abkürzung	Bezeichnung	Thema	FB G
FRC	Fédération romande des consommateurs	71	x
FS	Fachverband Sucht	71	x
SBV	Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband	71	x
SuchtSchweiz	Sucht Schweiz	71	
<b>Versicherungswesen</b>			
SVV	Schweizerischer Versicherungsverband	41	x
<b>Forschung und Lehre</b>			
UniGE	Université de Genève	81	
<b>Weitere Organisationen</b>			
StadtBern	Stadt Bern	12	
StadtLuzern	Stadt Luzern	12	x
KP-OW	Kantonspolizei Obwalden	13	x
SA-UR	Staatsanwaltschaft Kanton Uri	13	x
FREC	Fédération romande des écoles de conduite	31	x
KBAV	Kantonalbernischer Autofahrlehrerverband	31	x
UAM	Unione Automobilisti Motociclisti	31	
CentrePatronal	L'entreprise au service des entreprises et de l'économie privée en Suisse Romande	41	x
FER	Fédération des Entreprises Romandes	41	x
AGS	Aargauische Stiftung Suchthilfe	71	
AmSteuerNie	Am Steuer Nie Verein	71	x
BernerGesundheit	Stiftung Berner Gesundheit	71	
BZBplus	Verein BZBplus	71	
FSKZ	Fachstellen Sucht Kanton Zürich	71	
PTG	Perspektive Thurgau	71	
<b>Übrige</b>			
FZL	Fahrzentrum Lyss AG	31	x
Über	Über DACH (Deutschland, Österreich, Schweiz)	31	
CDS	Cargo Domizil AG	32	x
Coop	Coop Genossenschaft	32	x
CoopMineraloel	Coop Mineraloel AG	32	x
Futuricum	Futuricum / Designwerk Products AG	32	
H2Energy	H2 Energy AG	32	x
Hyundai	Hyundai Hydrogen Mobility AG	32	x
Kyburz	Kyburz Switzerland AG	32	x
M	Migros-Genossenschafts-Bund	32	x
M-Basel	Genossenschaft Migros Basel	32	x
Micarna	Micarna SA	32	x
M-Luzern	Genossenschaft Migros Luzern	32	x
M-NE-FR	Société coopérative Migros Neuchâtel-Fribourg	32	x
M-Neuendorf	Migros-Verteilbetrieb Neuendorf AG	32	x
M-Ostschweiz	Genossenschaft Migros Ostschweiz	32	x
M-Suhr	Migros Verteilzentrum Suhr AG	32	x
M-Zürich	Genossenschaft Migros Zürich	32	x
Pfister	Möbel Pfister AG	32	x
railCare	railCare AG	32	x
SBB-Recht	SBB AG Recht & Compliance	32	
swisscombi	Swiss Combi AG	32	x
Post	Post CH AG	41	x
PostAuto	PostAuto AG	51	x
TPF	Transports publics fribourgeois	51	x
TPG	Transports publics genevois	51	x
47GradNord	47 Grad Nord GmbH	52	x



Abkürzung	Bezeichnung	Thema	FB G
BikeFactory	Bike Factory Unterrassner GmbH	52	x
Dynamot	dynaMot Kommunikation GmbH	52	x
Erlebnismacher	Erlebnismacher AG	52	x
Fahradies	Fahradies	52	x
Fateba	Fateba AG	52	x
Flyer	Flyer AG	52	
Herzroute	Herzroute E-Bike Shop	52	x
m-way	m-way AG	52	x
OutdoorPublishing	Outdoor Publishing GmbH	52	x
Pedale	Pedale GmbH	52	x
Pedalerie	Pedalerie GmbH	52	x
Primebike	Swiss Primebike AG	52	x
RandenBike	Randen Bike GmbH	52	x
RdA	Rue de l'Avenir	52	
Reuteler	Bikesport Reuteler GmbH	52	
RieseMüller	Riese & Müller GmbH	52	x
Specialized	Specialized Europe GmbH	52	x
Sputnik	Sputnik Bikeshop	52	x
StromveloCH	Stromvelo Schweiz	52	x
StromveloRP	Stromvelo Rapperswil GmbH	52	x
TDS	Tour de Suisse Rad AG	52	x
Topaz	Abenteuer-Zeitreisen TOPAZ GmbH	52	x
Unterwegs	Unterwegs gmbh	52	x
Velociped	Velociped AG	52	x
VeloLukas	Velo Lukas GmbH	52	x
Veloteria	Veloterie GmbH	52	x
VeloUeli	VeloUeli 2Rad & Sport GmbH	52	x
Velove	Velove	52	x
Vitelli	Vitelli Velobedarf AG	52	x
Welowerk	Hasebikes Welowerk AG	52	x
A.Mine	Alève Mine	91	x
D.Schuppli	Domenik Schuppli	91	
G.Fellay	Gerda Fellay	91	x
P.Peterhans	Petra Peterhans	91	x
S.Attia	Sascha Attia	91	x
U.Arbenz	Ueli Arbenz	91	x

#### Anmerkungen:

Thema = Code für thematische Gruppe der Teilnehmenden

- 11 Kantone
- 12 Städte, Gemeinden
- 13 Kantonale und interkantonale Blaulichtorganisationen
- 14 Interkantonale Organisationen zu Bildung, Gesundheit, Verkehr, Planung, Datenschutz
- 21 Politische Parteien
- 31 Auto, Motorrad, Fahrschule
- 32 Schwerverkehr, Transport, Logistik
- 41 Wirtschaft, Gewerbe, Landwirtschaft
- 51 Öffentlicher Verkehr
- 52 Velo, Langsamverkehr
- 61 Umwelt, Klima, Energie
- 71 Verkehrssicherheit, Gesundheit, Soziales
- 81 Forschung, Lehre, Testzentren
- 91 Private

FB G (Fragebogen Gesetze); x = Fragebogen eingereicht